

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 11, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6400
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreise vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3104

Was der Herr Minister Dr. Lenke vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu berichten weiß.

Nach dem uns vorliegenden amtlichen stenographischen Bericht der 36. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 25. Februar 1911 sind aus dem erlauchten Munde des Finanzministers Dr. Lenke unter anderem folgende Worte gefallen:

„Die Sozialdemokratie besteuert ihre Mitglieder in ganz anderem Maße; die Einkommen unter 900 Mk. werden in keiner Weise geschenkt. Ich habe wiederholt Einsicht genommen in die Rechnungsergebnisse des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. In diesem Verbands befinden sich auch Arbeiter, welche von den Gemeinden lediglich aus Barmherzigkeit gehalten werden, die nicht mehr voll arbeitsfähig sind, welche aber, damit sie nicht der Armenpflege anheimfallen und damit sie das Gefühl haben, daß sie noch nützliche Mitglieder der Gesellschaft sind, im Lohn beschäftigt werden. Das sind Arbeiter, welche in Pozimo — für Papierauflesen und dergleichen kann ja nicht viel bezahlt werden — 3 Mk. den Tag verdienen. Sie müssen aber an die Gewerkschaft erheblich mehr bezahlen, als sogar die Rentisten mit einem Einkommen von über 900 Mk. an den preussischen Staat bezahlen. Die Rentisten von 900 Mk. zahlen an den Staat monatlich 50 Pf. Mit monatlich 50 Pf. begnügt sich dieser Verband nicht, sondern verlangt im Jahre mindestens 20 Mk., und das ist mehr, als der preussische Staat plus Kommune, selbst wenn die Kommune 200 Proz. erheben muß, verlangen. Die besser Geholten werden noch in ganz anderer Weise herangezogen. Ich habe das oft anerkannt, und es ist zu bewundern, wie opferwillig die Leute sind. Nach einer mir vorliegenden Zusammenstellung werden wöchentlich von den niedrigsten Löhnen 48 Pf. gezahlt und von den höchsten 1,40 Mk. Also, wenn man das auf das Jahr umlegt, so ergibt sich, daß, während die 900-Mark-Rentisten 6 Mk. bezahlen sollen, von den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitern die geringste Geholten 25,21 Mk. und die Bestgeholten 72,85 Mk. bezahlen. Es ist infolgedessen nicht zu verstehen, wie die Sozialdemokraten fordern können, daß die Arbeiterrentisten mit Einkommen von 900 Mark bis 1200 Mk. einkommensteuerfrei werden. Ich kann es mir nur damit erklären, daß sie hoffen, daß, wenn der Staat diese Beiträge erläßt, sie der Sozialdemokratie für ihre Zwecke zur Verfügung stehen. Mit diesen Leistungen an die sozialdemokratischen Gewerkschaften ist es noch nicht abgetan. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften sind verpflichtet, außer diesen Beiträgen noch auf das Vereinsorgan und die politische Zeitung zu abonnieren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Arien Sie frei!) Diese Art von Freiheit kennen wir! Ich habe zu lange im praktischen Leben gestanden und mit Arbeitern persönlich verhandelt, als daß mir nicht die Art von Freiheit genau bekannt ist. Gewiß, es steht ihnen frei; aber wenn sie es nicht tun, geht es ihnen schlecht. Die Vorwürfe, die Herr Ströbel gestern gegen den preussischen Staat erhoben hat, sind so unbegründet und trivial wie nur einmal.“

Wir sind dem Herrn Minister und ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Lenke im gewissen Sinne dankbar für die Gelegenheit, ihn zu belehren, weshalb und gestattet sei, die vorstehenden Ausführungen ein wenig unter die Lupe zu nehmen.

Zunächst, Herr Dr. Lenke, sind Ihre Unterlagen falsch! Wenn Sie „wiederholt Einsicht genommen haben in die Rechnungsergebnisse unseres Verbandes“, müßten Sie wissen, daß die Mitgliederbeiträge nicht „mindestens 20 Mk. im Jahre“ betragen, sondern die Beiträge fassen sich folgendermaßen ab:

| | pro Woche | pro Jahr |
|--|---------------|----------|
| Pensionierte und invalide Mitglieder | 15 Pf. gleich | 7,80 Mk. |
| Weibliche Mitglieder | 25 „ | 13, — „ |
| Männliche | 35 „ | 18,20 „ |
| „ über 21 Mk. regelmäßig Wochenverdienst) | 40 „ | 20,80 „ |

Hierzu kommen Lokalzuschläge von 5 bis 15 Pf. pro Woche, für die besondere Unterstützungen geleistet werden.

Woher nun gar die „vorliegende Zusammenstellung“ kommt, daß in den Gewerkschaften die Geringstentlohten 25,21 Mk., die Bestentlohten 72,85 Mk. bezahlen, ist schleierhaft. Sollte irgendein Geheimrat in das „falsche Fach“ gerufen haben bei seinen „Zusammenstellungen“?

Die „lediglich aus Barmherzigkeit“ beschäftigten städtischen Arbeiter werden mit Vorliebe von Oberbürgermeistern zitiert, um die niedrigen Lohnsätze zu beschönigen. Was daran ist, wissen unsere Leser. Eine Zuchtschrift aus der früheren Wirkungsstätte Dr. Lenkes (f. Rundschau) beschäftigt sich noch besonders damit.

Ganz falsch ist auch die Behauptung, die Mitglieder müßten auf Vereinsorgan und politische Zeitungen abonnieren. Das Vereinsorgan wird von allen Gewerkschaften gratis geliefert (die Buchdrucker zahlen das Postbestellgeld) und die politische Zeitung zu abonnieren, steht im freien Ermessen des Mitgliedes.

Aber das sind Feststellungen, die dem Herrn Minister Dr. Lenke durch die vom Abg. Sirsch überreichte Statistik der Generalkommission mittlerweile bereits klar geworden sein dürften.

Anders verhält es sich mit dem Generalirrtum, der bereits durch den Vorgänger, Finanzminister Rheinbaben, in die Debatte als Verlegenheitsargument eingeflochten wurde:

Sind Gewerkschaftsbeiträge überhaupt mit Staatssteuern zu vergleichen?

Wenn die obigen ministeriellen Zahlenangaben so richtig wären, wie sie in Wirklichkeit falsch sind, würde auch damit nicht das bewiesen werden können, was der Herr Minister so gern beweisen möchte.

Die Staatssteuern werden zwangsmäßig eingetrieben, Herr Minister. Die Gewerkschafts- und Parteibeiträge sind freiwillig. In Preußen existiert ja nicht einmal ein volles Koalitionsrecht, geschweige denn eine Koalitionspflicht! Ach, wenn alle Arbeiter ebenso wie sie Steuern zahlen müssen, auch den Gewerkschaften an-

geschlossen wären, Herr Minister, Sie könnten was erleben! Die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter würde sich nicht mit den jetzigen Ertragsleistungen der Gewerkschaften begnügen, sondern insbesondere die Hunderttausende preussischer Eisenbahnproletarier, Unterbeamten usw. würden sich höchstens bedanken, noch fürder sich zufrieden zu geben mit den tieftraurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen in vielen staatlichen Betrieben.

Die Staatssteuern werden für allgemeine Staatszwecke verwandt, insbesondere partizipiert die preussische Justiz daran, die Polizei, das Militär und andere schöne Sachen! Diese Institutionen werden oftmals zur Niederdrückung der Volksmassen verwandt. Und selbst die Schulen und andere notwendige Einrichtungen werden zum Gunsten der Besitzenden eingerichtet (zum Teil auch von den Gemeinden erhalten), während der Steuerzahler allenfalls noch 100 bis 260 Proz. auf die Staatssteuer für die Kommune mitbezahlen darf.

Die Gewerkschaften sorgen demgegenüber für Aufklärung, Erziehung zur Solidarität und sie leisten Ungeheures auf dem Gebiete der Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege!

Wir möchten einmal sehen, wie traurig es in Preußen (wie auch andernwärts) bestellt wäre, wenn die Gewerkschaften nicht ihre Unterstützungseinrichtungen besäßen! Ein gut Teil der Pflichten, die Staat und Gemeinde von Rechts wegen zu erfüllen hätten, werden von den Gewerkschaften übernommen. Das scheint dem Herrn Minister auch ein wenig zu dümmern, denn sonst wäre sein Ausspruch unverständlich:

„Ich habe das oft anerkannt, und es ist zu bewundern, wie opferwillig die Leute sind.“

Die Erklärung dafür kann sich übrigens der Minister von jedem organisierten Arbeiter holen. Dieser wird ihm sagen: „Was ich an Beiträgen für die Gewerkschaft leiste, bringt hundertfältige Frucht! Unser Geld ist besser wie in der Sparkasse aufgehoben in unseren eigenen Organisationen, wo wir selbst über die Höhe der Beiträge sowie über die dafür zu leistenden Unterstützungen, Einrichtungen, Lohnbewegungen und Kämpfe entscheiden!“

Schließlich mag dem Herrn Minister Dr. Lenke auch noch die Aeußerung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Stadtrats Dr. A. Gleich (Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses) in Nr. 172 des „V. L.“ vor Augen geführt werden. Der bekannte bürgerliche Sozialpolitiker führte aus:

„Bei den Arbeitern sind die Beiträge für die Partei und die Gewerkschaft recht eigentlich produktive Ausgaben. Starke Gewerkschaften und eine große Zahl Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung und in den Parlamenten ist das sicherste Mittel, um gute Arbeitsbedingungen, geringere Kommunalsteuern, reichliche Unterstützung in Notfällen und eine günstige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, der Gewerbeordnung usw. durchzusetzen. Die Opferwilligkeit der Arbeiter ist also genau genommen nicht Idealismus, sondern gesunder Egoismus.“

Wenn wir endlich noch ein paar Zahlen aus der Wirklichkeit herausgreifen sollen, wie das an dieser Stelle wiederholt geschieht, so sei dem Herrn Minister noch bekanntgegeben, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1909 an Unterstützung allein pro Mitglied 8,46 Mk. im Jahresdurchschnitt ausgegeben, das ergibt 263 422,42 Mk. für 31 131 Mitglieder. Der Vermögensbestand belief sich auf 11,60 Mk. pro Mitglied. Dazu kommen die durch unsere Bewegung herbeigeführten Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen. Es betrug die Lohnerhöhung 1909 insgesamt 2 015 108,68 Mk. für 28 144 Beteiligte, das ist pro Woche und Person 1,38 Mark! Haben Sie vielleicht diese Einnahmefähigkeit unter Ausgabe der Arbeiter gebüht, Herr Minister?

Die Arbeitszeitverkürzung betrug 1909 für 7191 Beteiligte 1 944 696 Arbeitsstunden im Jahr oder 5,2 Stunden pro Woche und Person!

Mag es damit genug sein. Wir wissen sehr wohl, daß die Gewerkschaften und auch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband noch leistungsfähiger gestaltet werden müssen, um den durch direkte und indirekte Steuern und Zölle herbeigeführten Notstand einigermaßen wieder auszugleichen. Wir wissen auch, daß leider noch viele Mitglieder den politischen Vorgängen gleichgültig gegenüberstehen und die Arbeiterpresse nicht lesen.

Wenn die Worte des Ministers Dr. Lenke dazu beigetragen haben, den indifferenten Kollegen die Notwendigkeit politischer Betätigung nahelegen, wie wir das annehmen müssen, so hat uns damit der Herr Minister, wenn auch ungewollt, einen Dienst geleistet, für den wir ihm zum anderen dankbar sein müssen!

Die Proletarierkrankheit Tuberkulose.

I.

Bei der Auswahl ihrer Arbeiter sind die Stadtverwaltungen sehr darauf bedacht, nur gesunde Personen in ihre Dienste zu nehmen. Häufig muß bei der Anstellung ein ärztliches Attest vorgezeigt werden. Daraus würde folgern, daß sich die städtischen Arbeiter einer größeren Gesundheit wie die Arbeiter der Privatindustrie erfreuen. Das trifft jedoch nicht zu. Unsere Kollegen leiden genau so unter der sozialen Misere, wie sie in Arbeiterkreisen allgemein herrscht. Die geringe Bezahlung und die teuren Lebensverhältnisse rufen bei ihnen und ihren Familien Unterernährung hervor, die Antrieberet, die lange Arbeitszeit — beispielsweise in den Kranken- und Irrenhäusern oder der berühmte „Ber“ oder gar „Mer“ in den Gas- und Elektrizitätswerken — mergeln den menschlichen Körper aufs schlimmste aus. Die teuren Wohnmieten, in Verbindung mit der niedrigen Entlohnung, zwingen vielfach unsere Kollegen in den elendesten, dumpfigen und modrigen Löhern zu hausen, wo weder Luft noch Sonne eindringen kann, so daß diese ganze Lebensweise die Gesundheit untergräbt und auch die Tuberkulose in den städtischen Arbeiterfamilien ein allzu häufiger Gast ist.

Diese Krankheit ist die größte Geißel der Menschheit. Seit dem grauen Altertum, soweit unsere Kenntnisse zurückreichen, wütet sie wie ein Würgengel und tritt verheerender auf als alle Kriege zusammengenommen. Sie verschont weder Alter noch Geschlecht und kennt keine geographischen Grenzen. Unter den Sonnengluten des Orients ist sie so gut anzutreffen als im gemäßigten Klima Mitteleuropas oder den Eisregionen Grönlands. Am verbreitetsten ist die Lungentuberkulose oder wie der Volksmund sagt: die Schwindsucht. Ihr allein fallen in Deutschland alljährlich rund 100 000 Menschen zum Opfer, wobei die Mindestzahl 87 600, die Höchstzahl 160 000 betrug. Der deutsch-französische Krieg 1870/71 forderte 42 000 Tote. Also mehr als das Doppelte so viel Menschen wie dieser mörderische Krieg rafft die Lungentuberkulose jedes Jahr dahin. Die Zahlen der Todesfälle anderer Seuchen werden durch die Sterblichkeitsziffer dieser Volkskrankheit weit in den Schatten gestellt. Das im Auftrage des preussischen Kultusministeriums herausgegebene Buch „Das Gesundheitswesen in Preußen im Jahre 1907“ gibt an, daß die Gesamtzahl der an Tuberkulose Verstorbenen die Zahl der an Typhus, Ruhr, Scharlach, Molen, Diphtherie und Krupp, Masern und Nöteln, Keuchhusten und Kindbettfieber Verstorbenen um mehr als 25 000 überstieg. Die Zahl der Erkrankten berechnet man für das Deutsche Reich auf weit über 1 800 000. Hiervon befinden sich jedes Jahr 228 000 über 15 Jahre alte Patienten in Krankenhausbehandlung. Diese ungeheuren Zahlen zeigen schon, daß es gerade die Arbeiterschaft ist, die von der Tuberkulose am meisten heimgesucht wird. Tatsächlich sinken auch — nach Feststellungen des Reichsgesundheitsamtes — alljährlich bei Erkrankungen der Arbeiterbevölkerung 33½ Proz. durch diesen Würgengel ins Grab. Und wiederum ist es gerade die Mitte der Nation, das Alter von 15—40 Jahren, von der die Schwindsucht die größten Opfer fordert. Von 1000 Todesfällen in diesem Alter kommen mehr als 250 auf ihre Rechnung. Ein Vergleich der Erkrankungsstatistik zwischen Männern und Frauen zeigt, daß erstere in größerer Zahl von der Tuberkulose betroffen werden als letztere. Nach der Statistik des Reichsgesundheitsamtes werden von 1000 männlichen Verstorbenen 122, von 1000 weiblichen hingegen nur 75 durch sie invalide.

So hätten wir die Tuberkulose als Volksseuche und besonders als Proletarierkrankheit in ihrem Umfange. Was aber sind die Ursachen?

Obwohl den Kerkeln des klassischen Altertums die Lungenschwindsucht in ihren Erscheinungsformen schon bekannt war, herrschten doch über das Wesen dieser Krankheit Jahrtausende hindurch falsche Vorstellungen. Erst der Bakterienforschung des neunzehnten Jahrhunderts gelang es, ihre Ursachen und Verbreitungsweise zu ergründen. Professor Robert Koch machte 1882 die Entdeckung, daß kleine, pflanzliche Lebewesen, die er Tuberkelbazillen nannte, als Erreger jeder Art von Tuberkulose bei Menschen und Tieren anzusehen sind. Das Wort Tuberkel kommt her vom lateinischen Tuberculum, d. h. Knötchen. Die Tuberkulose könnte also Knötchenkrankheit genannt werden, und diese Tuberkeln, diese Knötchen waren schon lange vor Entdeckung des Tuberkel-Bazillus bekannt. Weil dieser Bazillus im Menschen als erstes solche Knötchenbildung hervorruft, deswegen nannte ihn Koch Tuberkelbazillus. Er gehört zur Gattung der Spaltpilze und stellt ein leicht gekrümmtes, stäbchenförmiges Gebilde dar. Seine Größe schwankt zwischen 2- bis 4µm, so daß durchschnittlich 3000 Bazillen hintereinander aufmarschieren müssen, um eine nur 1 Zentimeter lange Kolonne zu bilden. Die Breite beträgt ein Drittel seiner Länge. 27 000 000 dieser Lebewesen gehören also dazu, um eine Fläche von 1 Quadratzenimeter zu füllen. Damit sie dem Auge wahrnehmbar werden, bedarf es 800- bis 1000facher Vergrößerungen und einer eigenartigen Färbung, um sie von anderen, ähnlichen Bazillen zu unterscheiden. In ihrer Lebensfähigkeit sind die Tuberkelbazillen an gewisse äußere Bedingungen gebunden. Besonders verlangen sie keine große Wärme. Temperaturen von 70-80 Grad Celsius vernichten sie in wenigen Minuten. Geringere bleiben sie bei Frost oft noch wochen- und monatelang lebensfähig. Am besten gedeihen die Tuberkelbazillen bei einer Temperatur von 37 Grad Celsius. Im trockenen Zustande bringen sie es bis zu einer Lebensdauer von 8 Monaten, und so wird es erklärlich, warum gerade der Staub so außerordentlich schwindfuchterregend auf den Menschen wirkt. Schneller geht die Tuberkelbazille im feuchten Zustande zugrunde, weil sie hier von anderen Fäulnisregnern, besonders den Schimmelpilzen überwuchert werden, die ihnen die Nahrung entziehen. Das wirksamste Desinfektionsmittel ist neben großer Wärme, das direkte Sonnenlicht, das die Tuberkelbazillen in wenigen Minuten abtötet. Darin findet man auch die Erklärung, warum die Atemluft im Freien nicht von diesen Mikroorganismen durchsetzt ist, obwohl jeder schwindfuchtsüchtige im Laufe eines Tages Millionen und Abermillionen solcher Bakterien ausatmet.

In den Körper des Menschen gelangen nun die Bazillen der Tuberkulose durch die Einatmung mit dem trockenen Staub in die Lunge, mit der Nahrungsaufnahme in die Verdauungsorgane und durch Verwundung offener Wunden mit Schmutz in die Haut, Muskeln und Knochen. So erzeugen sie entweder Lungenschwindsucht (Phthisis), Hauttuberkulose (Lupus, fressende Flechte), Drüsenleiden (Strufulose), Knochenfraß, Darmtuberkulose oder tuberkulöse Nervenentzündung. Ob die Tuberkulose erblich ist, darüber sind sich die Gelehrten noch nicht einig. Die einen behaupten, die anderen verneinen diese Frage. Eins steht wohl aber fest, daß bei Säuglingen in den ersten Lebenswochen Tuberkulose äußerst selten vorkommt. Auf die Lungenschwindsucht entfallen 80-90 Proz. aller Tuberkuloseerkrankungen. Das liegt in der größeren Ansteckungsgefahr der Lunge begründet. Auch die Beschaffenheit der Lunge selbst trägt zur außerordentlich starken Ausbreitung dieser Krankheit bei. So luftvoll die Lunge gebaut ist, fehlen ihr doch im Innern schmerzempfindende Nerven. Der Krankheitsprozeß hat daher schon lange sein zerstörerisches Werk begonnen, ehe der Patient davon etwas merkt oder weiß. Hätte der Patient in der Lunge selbst Schmerzen, so würde er viel eher zum Arzt gehen, die Krankheit läme schon zur Entdeckung, ehe sie größere Dimensionen annimmt, und gelangte dann auch zur Heilung. Denn Tuberkulose ist heilbar.

Die ersten Anzeichen beginnender Erkrankung sind Niedergeschlagenheit, Blässe, leichte Ermüdbarkeit, geringe Erhöhung der Körpertemperatur, Störung des Appetits und der Verdauung, Gewichtsabnahme, Husten und Auswurf. Diese Symptome sind aber vielfach Auslösungen anderer Krankheiten und nicht immer unabweiselhafte Erkennungszeichen der Schwindsucht. Auch werden diese Begleiterscheinungen nicht immer ernst genommen. Erst wenn „heftiges Fieber“, stark entkräftender Nachtschweiß, schwarzfärbige rote Flecken auf den Wangen, vermehrte Husten und Auswurf, vielleicht gar Blutspuren auftreten, wird der Patient auf die große Gefahr seines Zustandes aufmerksam und geht zum Arzt. Geschicht lehreres rechtzeitig, so ist noch Rettung vor dem Tode möglich.

Das Kartell der Reichs- und Staatsarbeiterverbände.

Die „neutralen“ Organisationen: Der Verband der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter (Sitz Berlin), der Bund der Telegraphenarbeiter usw. (Sitz Berlin) und der Deutsche Militärarbeiterverband (Sitz München) haben sich im verflochtenen Jahr zu einem Kartell zusammengeschlossen. Außerdem bildete sich zu allem Ueberflus auch noch ein „christliches“ Kartell der gleichen Berufsgruppen. Wie beide den Kampf um Verbesserung der Lage der Reichs- und Staatsarbeiter auflassen, zeigt sich darin, daß sie den Streik von vornherein verwerfen. Dabei bemächtigt sich der Führer des „neutralen“ Kartells der Kollaterale derart, daß sie jede Verührung mit einem Sozialisten wie dem Feind aus dem Wege gehen. Und doch zeigen gerade die Staatsberatungen im Reichs- und preussischen Landtage, daß die Reichs- und Staatsarbeiter in den Sozialdemokraten die entschiedensten Befürworter ihrer Interessen haben.

Ein besserer Geist scheint aber unter den Staatsarbeitern und Unterbeamten selbst Platz zu greifen. Das zeigte die am 28. Februar in Nordorf veranstaltete Niesensundgebung über das Resultat der letzten Lohnaufbesserung, an der 5000-6000 Eisenbahnhandwerker und -arbeiter teilnahmen. Hier ging der Referent, Eisenbahnarbeiter Spanner-Berlin, unter stürmischen Beifallsausführungen auf die Lage der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter und die erfolgte Lohnzulage ein. Die höchsten Löhne seien zwar aufgebessert, bei den Affordsbägen jedoch Verschlechterungen vorgenommen worden. Der Höchstlohn von 4 M. trete erst nach 15 Jahren Dienstzeit ein.

Als ein Redner in der Diskussion erklärte, wenn bis jetzt die Sozialdemokraten unter der Kollegenchaft noch keinen Eingang gefunden hätten, so sei dies nicht dem Verdienst der Vertretung zuzuschreiben, sondern dem Patriotismus der Eisenbahnarbeiter, wurden lebhaft, vielschichtige Zwischenrufe laut, wie: „Na, da, warst mal erst ab bis zur Wahl!“ Als der freisinnige Landtagsabgeordnete Künze betonte: Seiner Fraktion liege es sehr am Herzen, daß die Eisenbahnarbeiter zu ihrem Recht kommen, ertönten wiederholte Rufe: „Na, na! Beweise! Beweise!“ In seinen weiteren Ausführungen schilderte Künze, daß ihm der schwarzblaue Bloß bei der 2. Lesung des Eisenbahnetats regelmäßig das Wort abgebrochen habe. Als er dann versicherte, bei der 3. Lesung kräftig für die Wünsche der Eisenbahner einzutreten, wurde ihm lebhaft zugerufen: „Aber Wort halten!“ Ein Streikrecht für die Staatsarbeiter kann es auch nach Ansicht dieses „Arbeiterfreundes“ nicht geben. „Die Gefahr wäre zu groß. Meine Herren, denken Sie an Paris!“ rief Künze den Versammelten zu. Als Antwort ward ihm der stürmische Zuruf: „Mehr Geld, bessere Löhne!“ Das Referat sowie die Diskussionsergebnisse haben übereinstimmend ergeben, daß tatsächlich Löhne von 26 bis 28 Pf. die Stunde vorherrschen. Ein Arbeiter, der 3 Jahre dort beschäftigt ist und mit 26 Pf. anfing, kam dann auf 27 Pf. und geht durch die erfolgte Zulage auf 28 Pf. Große Mißstimmung herrscht auch über die ungleiche Verteilung der Zulage. Besonders böses Blut hat der Umstand hervorgerufen, daß die Vorgesetzten (sogenannte Schieber), die schon 6-7 M. pro Tag hatten, noch 2 Pf. die Stunde zugelegt erhielten, diweil die am schlechtesten Entlohnten leer ausgingen. Inzwischen mehrten sich die Rufe: Ströbel, der sich zwar vorgestellt, aber noch nicht das Wort ergriffen hatte, solle sprechen.

Die Versammlung forderte unter großer Erregung, Ströbel solle reden. „Wenn Ströbel nicht spricht, verlassen wir alle den Saal!“ rief es von allen Seiten. Nun erhob sich Ströbel, von brausendem Jubel begrüßt, und hielt eine kurze Ansprache. Er führte aus: „Ich habe mich absichtlich nicht zum Worte gemeldet, weil mir von seiten des Vorstandes nahegelegt worden war, nicht zu sprechen, um die Veranstaltung nicht zu diskreditieren, eine Befürchtung, die bei der bekannten Stellungnahme der Regierung immerhin einen Schein von Berechtigung hat. Dies der Grund, warum ich mich nicht zum Worte gemeldet habe. Zu sagen hätte ich sehr viel, doch sehe ich voraus, daß Sie die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage verfolgt haben. Versicherungen und Versprechungen brauche ich Ihnen deshalb nicht zu geben, da wir allzeit mit ganzer Kraft für Ihre Interessen eingetreten sind und auch weiter ebenso eintreten werden!“ Diesen Worten folgte ein Sturm des Beifalls, der sich erst nach und nach wieder legte. Wegen den Verbandsführer Weisner, der an dem Tage außerhalb Berlins weilte, aber von vornherein gegen die Veranstaltung war, machte sich ein starker Mißmut geltend. Rufe, wie: „Wo ist er denn? Wäre er nur hier, wir würden ihm den Kopf schon gehörig waschen!“ wurden allenthalben laut. Valentin vom Telegraphenarbeiterverband, der in Vertretung Weisners

erschienen war, kam nicht mehr zu Worte. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 26. Februar, in der „Neuen Welt“ versammelten circa 6000 Eisenbahnhandwerker und Arbeiter sprechen, angesichts der zunehmenden Verteuerung aller Lebensbedingungen, ihr größtes Bedauern über die Enttäuschung aus, die die mit so großer Hoffnung erwartete Lohnzulage gebracht hat. Die wirtschaftlich am schlechtestgestellten Handwerker, Oberbau- und Betriebsarbeiter, die in dem Alter stehen, in welchem die höchsten Anforderungen bei Gründung eines eigenen Haushalts gestellt werden, die zum Teil mit einer starken Familie belastet sind, wurden bei der Lohnaufbesserung wenig oder gar nicht berücksichtigt. Viele dieser Arbeiter sind vielmehr durch Herabsetzung des Affordprozentsatzes erheblich geschädigt worden. Die Versammlung spricht zugleich die bestimmte Erwartung aus, daß diese von den Dienststellen vorgenommenen Maßnahmen bei der jetzt verprochenen Lohnregelung nunmehr durch ein recht baldiges und schnelleres Aufrücken in die höheren Lohnsätze, unter Vermeidung aller Ausnahmen und Ungleichheiten, berücksichtigt wird.“

Die Tatsache, daß in dieser Versammlung der Sozialdemokrat Ströbel gesprochen hat, mußte nun bitter gerochen werden. Im Organ des Deutschen Eisenbahn- und Handwerkerverbandes vom 4. März lesen wir folgendes:

„Die Versammlung der Bezirksvereinigung Berlin am 26. Februar 1911 gibt Zentralvorstand und Aufsichtsrat Veranlassung, das Nachstehende zu erklären:

Wir verurteilen auf das schärfste das Verhalten des Versammlungsleiters Seberin, der dem sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hat. Wie wir jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen, hätte der Vorsitzende von seinem Hausrecht in der Versammlung Gebrauch machen und Herrn Ströbel von der Versammlung ausschließen müssen. Dafür, daß er dies nicht getan hat, wird er die Konsequenzen tragen müssen.

Berlin, den 27. Februar 1911.

Namens des Zentralvorstandes und Aufsichtsrats:
Biererbe, Komm.-Vorsitzender.“

Offenlich sehen nun die Militär-, Eisenbahn- und Telegraphenarbeiter bald ein, daß ihr Platz nur in einer freien Organisation ist, und schließen sich unserem Verbands an, wie es beispielsweise die Telegraphenarbeiter in Württemberg, die Wasserbau- und Salinenarbeiter in Bayern zum großen Teil bereits getan haben.

Düsseldorfer kommunale Arbeiterfürsorge.

Seit dem Jahre 1905 kämpft unser Verband. Das anfangs kleine Häuflein Gleichgesinnter mußte zunächst für das Koalitionsrecht eintreten. An der Straßenbahn, am Fuhrpark und Wegebau, am Kanalbetrieb als auch in den gewerblichen Betrieben suchte man unter Anwendung der bekannten Maximen den Verband „Nein zu kriegen“. Jedes Mittel, selbst Maßregelungen, waren eben gut genug, um die Leute von der Organisation fernzuhalten. Der Herr Oberbürgermeister selbst gab wohl zufriedenstellende Erklärungen ab. In einem an den damaligen Vorsitzenden gerichteten Schreiben heißt es:

„Auf die namens des Verbandes der Gemeindearbeiter an mich gerichtete Eingabe vom 8. d. M. erwidere ich ergebenst, daß das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter, soweit es sich auf gesetzlichem Boden bewegt, auch selbst den Vorgesetzten gegenüber gebührende Berücksichtigung findet.“

Nun weiß man ja, was derartige Rundgebungen für eine Bedeutung haben. Noch heute suchen eine Reihe Unterbeamte — obwohl sie selbst im preußischen Gemeindebeamtenverband organisiert sind — die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, indem diesen mit Entlassung aus der Arbeit gedroht wird. Trotzdem wächst die Organisation und die Herren werden sich eben damit abfinden müssen, daß sie vergeblich gegen die moderne Arbeiterbewegung angekämpft haben.

Zuerst traten die Gasarbeiter in Aktion; sie verlangten bereits im Dezember 1905: erstens die Einführung der achtstündigen Schicht für die Stochhausarbeiter; zweitens Lohnerböschung für die übrigen Arbeiter und drittens Errichtung eines Arbeiterausschusses. Kurz darauf schlossen sich die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe der Bewegung an und es wurde in einer am 7. Februar 1906 abgeordneten Eingabe eine Forderungszulage für sämtliche städtischen Arbeiter gefordert. Die Stadtverordneten hatten sich in ihrer Sitzung vom 6. März desselben Jahres mit den Anträgen der Arbeiter zu befassen. Da sich die Bewegung wurde erreicht: Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalt zum 1. April. Die übrigen Gasarbeiter, als auch

die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe bekamen 20 Pf. Lohnzulage. Für die gewerblichen Betriebe wurden im Juni Arbeiterausschüsse errichtet.

Wegen der minimalen Lohnzulage — ein jeder Arbeiter hatte nicht einmal die oben erwähnten 20 Pf. bekommen — traten die Gasarbeiter gemeinschaftlich mit denen des Elektrizitätswerkes im Oktober erneut in eine Lohnbewegung ein. Gefordert wurde Lohnerböschung, der Achtstundentag für Feizer und Maschinisten, ferner Sommerurlaub. Dieser zweiten Forderung wurde insofern stattgegeben, daß am 1. April 1907 die 24 stündige Wechselschicht für Feizer und Maschinisten in Wegfall kam, an Stelle der zwölfstündigen Arbeitszeit wurde die zehnstündige eingeführt. Sommerurlaub unter Weiterzahlung des Lohnes wird gewährt nach 3, 5, 7, 15 und 20 Dienstjahren 3, 5, 7, 11 und 14 Tage. Mit den Lohnforderungen wurden die Arbeiter auf das Jahr 1908 vertröstet. Obwohl die Stadtverwaltung damit rechnen mußte, daß andere Städte auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge weiter vorgeschritten waren, bedurfte es doch mancher Verhandlung der Ausschüsse mit den Betriebsleitungen, und hauptsächlich die gut organisierten Gasarbeiter machten kein Hehl daraus, daß sie ihre Forderungen unter allen Umständen, selbst mit den schärfsten Mitteln durchdrücken würden. Sie gaben sich jedoch mit dem Sommerurlaub zufrieden und rüsteten zu einer neuen Lohnbewegung, durch welche am 1. April 1908 durchschnittlich 20 Pf. Lohnerböschung erzielt wurde. Eine Reihe Arbeiter haben jedoch nur 10 Pf., andere nur 5 Pf. pro Tag erhalten. Andere gingen leer aus. Eine Lohnliste für die nichtgewerblichen Betriebe wurde geschaffen, auf die darin angeführten Löhne haben die Arbeiter aber keinen Anspruch; die Dienststellen bezahlen die Arbeiter nach Anhören der Unterbeamten — meistens nach Willkür. Um nun die immer stärker werdende Organisation, welche man bis dato vergeblich bekämpft hatte, ganz auszuschalten, machte man in den Dienststellen durch Anschlag bekannt, daß schriftliche Eingaben von Seiten der Arbeiter, oder gar Eingaben von außenstehender Seite, wie seitens des Gemeindearbeiterverbandes, keine Berücksichtigung mehr finden sollen. Nur der Arbeiterausschuß habe das Recht, Wünsche und Beschwerden mündlich „in geeigneter Form“ dem Betriebsleiter vorzutragen. Höher geht wohl nicht! Aber auch in der Sozialpolitik wollte unsere Stadtverwaltung einmal strahlen. Eine Verfügung des Oberbürgermeisters vom 9. Oktober 1907 bestimmt, daß der Lohn in Krankheitsfällen auf 8 Wochen weitergezahlt werden soll an die — in Monatslohn stehenden Arbeiter und Bediensteten. Es muß hier festgesetzt werden, daß alle städtischen Arbeiter alle vierzehn Tage oder zweimal im Monat Lohn bekommen. Sie haben also keine Monatslöhne und kommt für sie obige Bestimmung nicht in Betracht.

Eine sehr verschiedenartige Behandlung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben, willkürliche Bestrafungen seitens der Vorgesetzten und die Rückständigkeit der Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge, veranlaßten die städtischen Arbeiter im Oktober 1908, eine allgemeine Arbeitsordnung für sämtliche städtischen Betriebe zu fordern. Ein diesbezüglicher Entwurf, welcher verschiedene Verbesserungen vorsah, wurde mit ausführlicher Begründung im Oktober 1908 eingereicht. Wer nun glaubt hat, daß auch die Düsseldorfer Stadtverwaltung dem Zuge der Zeit folgen würde, der hat sich gewaltig geirrt. Bei der Verschiedenartigkeit der Betriebe ist nach Ansicht der Dienststellen und des früheren Herrn Oberbürgermeisters Marx eine allgemeine Arbeitsordnung für alle städtischen Betriebe „nicht ratsam“. Die städtischen Arbeiter sind dagegen anderer Ansicht. Es steht fest, daß es dem Leiter einer großen Stadtgemeinde geradezu unmöglich ist, die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben, bei der Verschiedenheit der Bestimmungen, objektiv und mit Sachkenntnis zu überschauen. Nur durch eine generelle Regelung wird dies ermöglicht oder doch wesentlich erleichtert. Dies sehen auch die Stadtverwaltungen immer mehr und mehr ein, denn die meisten größeren Städte führen allgemeine Arbeitsordnungen ein. Durch das jetzt bestehende System wird der Beamtenwillkür Tür und Tor geöffnet, es dünkt sich jeder als so ein kleiner Herrgott, der mit den Arbeitern nach Gutdünken verfahren kann. Die Herren vergessen eben, daß sie mit den Arbeitern aus einem Säckel bezahlt werden. Sehen wir uns die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter an, dann muß unumwunden zugestanden werden, daß an Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig bleibt. Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 3,50 und 3,80 M. Daß es sich mit einem solchen Lohn in unserer Stadt nicht leben läßt, dürfte jedem Menschen einleuchten, nur unseren Stadtvätern nicht. Eine ganze Reihe Betriebe haben

nicht einmal einen Arbeiterauschuh, so die drei Tiefbauämter u. a. m. Arbeitsordnungen kennen die Arbeiter zum großen Teil auch nicht. Am Fuhrpark werden zum Beispiel ab und zu einmal die Dienstvorschriften verlesen, wie dem Soldaten die Kriegsgartel. Die Lohnzahlung muß als ein Ueberbleibsel aus der guten alten Zeit oder doch als das Produkt eines verkümmerten Bürokratismus angesehen werden. Man sollte den Arbeitern jede Woche freitags den verdienten Lohn auszahlen, und nicht am 3. oder 4. und 18. und 19. eines jeden Monats. Genau so rückständig ist die Stadtverwaltung betreffend die Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld, auch hier wird nichts gewährt.

Die Belastung durch die Reichsfinanzreform als auch die immer höheren Wohnungsmieten, vor allem aber die außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreise veranlaßten die städtischen Arbeiter im September 1910, erneut eine Eingabe an die Stadtverwaltung und sämtliche Stadtverordneten einzureichen. Verlangt wird Lohn-erhöhung; die neunstündige Arbeitszeit für die Tagesarbeiter, die achtstündige für alle im Schichtwechsel stehenden Arbeiter; Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld.

Die städtischen Beamten, welche im Jahre 1904 rund 172 500 Mark, im Jahre 1907 rund 180 000 Mk. erhielten, haben auch jetzt wieder eine Zulage von rund 235 000 Mk. erhalten. Die neue Besoldungsordnung tritt mit dem 1. April in Kraft.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar d. J. wurde das Gehalt des Herrn Dr. Scholz von 10 000 auf 12 000 Mk. erhöht, ferner das Gehalt des Beigeordneten Dr. Grebe von 10 000 auf 12 000 Mk., das Gehalt des Beigeordneten Dr. Thelemann von 10 000 auf 11 000 Mk. und das Gehalt des Beigeordneten Dr. Matthias von 8000 auf 9000 Mk.

So werden alle Gehälter nach oben hin erhöht, während man von einem Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter noch nichts gehört hat. Nur zwischen der Haupt- und Stichwahl zum Stadtparlament, als die Kandidaten der Sozialdemokratie den Zentrums-machern auf das Leder rückten, entsann sich Herr D. Meyer, daß die Löhne der Arbeiter ausgebessert werden müßten. Nachdem die Zentrumsgrößen aber ihre Säge auf dem Rathaus noch einmal erobert haben — ist in allen Wäldern Ruh. Inzwischen haben wir ja ein anderes Stadtoberhaupt bekommen, hoffentlich wird man nun, nachdem der Beschel formell und zeremoniell erledigt ist, auch der Arbeiter gedenken. Oder sollten die Arbeiter eine Lohn-erhöhung nicht ebenso nötig haben als die städtischen Beamten? Die freiorganisierten Arbeiter werden nicht eher ruhen noch rasten, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind. Allen dem Verbands-nach Fernstehenden ist in diesem zu raten, sich dem Verband der Gemeindegewerkschaft anzuschließen und mit uns zu rüsten für die kommenden Kämpfe.

Der gefundene Schatz.

Eine Episode aus dem Leben der Gemeindegewerkschaft von D. M.

Mühsam trotz der Morgen durch die Straßen. Noch kämpfte er mit der Nacht, und man konnte, wenn man nach den Naturgesetzen nicht gewußt hätte, daß nach der Nacht der Tag doch kommen muß, heute im Zweifel sein, wer von den beiden Sieger sein werde. Schwer hingen die Wolken herab und trieben in den Straßen der Großstadt ein wunderbar Spiel. Einige blieben an den Häusern hängen, verdichteten sich und fielen dann in großen Tropfen herab. Andere wieder gingen bis auf die Trottoirs nieder, lösten sich dort auf und machten so Weg und Steg schlüpfrig. Dazu eine empfindliche Kälte, die zwar nicht ausreichte, die Rasse zu kristallisieren, aber jedem Passanten durch Mark und Bein ging.

Hier und da huschte eine Gestalt über die Straße. Reiß Leute, die die nachtschlafene Zeit dazu benutzt hatten, ihrem Vergnügen zu leben. Aus Restaurants und Cafés lehrten sie heim und jeder der heraustrat, hüllte sich fest in seinen Mantel, um gegen das Hundewetter besser geschützt zu sein. Nach und nach erloschen hellerleuchtete Fenster, an anderen wieder flammten, träber nur, Lichter auf.

Sonst war es still.

Nicht ganz. Unter den heimkehrenden Mühsiggang mischte sich schon die Arbeit. Von Zeit zu Zeit erdröhnte von fernher ein männlicher Schritt. Er kam näher und näher. Schwer trafen die eisenschlagenen Stiefel die Steinfliesen und der Ton brach sich in der Stille an den Ecken und Winkeln der Häuser, daß es hallte.

Dann war es wieder still. Der Fußgänger mochte in irgend ein Grundstück eingetreten sein. Wichtig! Hier leuchtet ein Schild vor, das man beim Schein der Laternen entziffern konnte: „Städt-

Soziale Theorie und soziale Praxis.

I.

Zwischen Theorie und Praxis spielt sich seit undenklichen Zeiten ein ununterbrochener Kampf ab, trotzdem der Grundsatz gilt, daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen. Theorie und Praxis sollen Hand in Hand gehen! Was der Theoretiker mit seiner Phantasie erjagt und mit seinem Verstande erdacht hat, das soll der Praktiker in die Wirklichkeit umsetzen; was der erstere in seinem Geiste erschaut, das soll der letztere mit Fleiß und Mut erfüllen. Der eine malt phantastische Gestalten und entwirft wunderbare Pläne, der andere bemüht sich, mit seiner geübten Hand nachfühlend und nachschaffend, die Luftgebilde zu realisieren. Weil beide aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind, so ist es erklärlich, daß sie manchmal miteinander in Konflikt geraten, falls sie ausgeprägte Individualitäten sind. Wer den Plan entwirft, verlangt in den meisten Fällen, daß der andere bei Ausführung dieses Planes slavisch und mechanisch auf seine Absichten eingeht, wer den Plan ausführt, merkt in den meisten Fällen, daß es an dieser oder jener Stelle hapert und daß es gar nicht möglich ist, die Idee einfach und mechanisch abzuklatschen. So entstehen denn naturgemäß Reibungen zwischen dem Manne der Theorie und dem Manne der Praxis, und erst durch gegenseitige Aussprache und wechselseitiges Nachgeben wird ein Ausgleich geschaffen, bis dann endlich das Werk fertig dasteht als das Erzeugnis einer Vermählung zwischen Theorie und Praxis. Diese Rivalität zwischen Theoretikern und Praktikern, die wir vor allen Dingen auf gewerblich-technischem Gebiete beobachten, ist aber nicht etwa ein Unglück, sondern im Gegenteil ein Vorteil, weil sie beide Parteien in Bewegung hält und vor Einseitigkeit schützt. Wäre diese Reibung nicht vorhanden, so läge die Gefahr vor, daß der Theoretiker verknöcherte, in einem lebensfremden Dogmatismus erstarre und in rechtshaberischem Fanatismus sich verbore, der Praktiker aber schwelte in Gefahr, ein geistloser Automat und gedankenloser Nachahmer zu werden. So aber schult der eine den anderen, und beide behalten ihre geistige Regsamkeit, weshalb es auch ein mühsamer Streit ist, sich darüber zu erheben, wer von ihnen den Vorrang verdient und wem der größere Einfluß gebührt. Theorie und Praxis sind also nicht übergeordnete, sondern nebengeordnete Begriffe, und eine Ueberhebung des einen über den anderen, wozu nicht gar eine Verachtung des einen durch den anderen sind Fehler, die sich schwer rächen. Ein Zeitalter, das nur im Reiche der Idee lebe, würde den Boden unter den Füßen verlieren, und eine Zeit, die die Theorie verachten wollte, würde im mechanischen Puschertum untergehen.

Die Wechselwirkung zwischen Theorie und Praxis und die Rivalität zwischen Theoretikern und Praktikern beobachten wir

sches Tiefbauamt.“ Ganz vorn war das Grundstück durch einen Zaun abgeschlossen, hinter dem allerlei Gerät stand und lag. Weiter hinten stand eine alte Bretterbude, aus deren Rippen und schmutzigen Fenstern fahler Lichtschein drang.

Man brauchte nur wenige Schritte zu tun, um an den „Palast“ zu gelangen. Ohne große Mühe konnte man in das Innere blicken. Drinnen hielt sich eine bunte Schar auf: Männer mit Gesichtern, auf denen ganze Leidensgeschichten zu lesen waren, die Kleidung war bei allen nur notdürftig, zum Teil waren es nur Feden, die an den Gliedern hingen. Einige Stühle verrieten noch so eine Art schäbiger Eleganz, so daß man darauf schließen konnte, daß es sich um Geschenke aus „besseren“ Kreisen handelte. Mitten im Raume, der noch nicht einmal eine Holzdiel aufwies, standen einige Männer und schlugen durch Bewegungen, als wollten sie sich selbst umarmen, die Hände auf den Rücken, um sich zu erwärmen.

Einer von ihnen schien ein Krösus zu sein. Er zog eine kurze Peise hervor und machte Niene, sie in Brand zu setzen. Das wehrte ein anderer:

„Geh, Gustav, laß hier drinnen Deinen schlechten Tabak, die Atmosphäre ist an sich nicht erträglich. Sieh her, ich biete Dir Ersatz.“

Mit diesen Worten griff der Redner in die Tasche, holte zwei schon angerauchte Zigarrenstummel hervor und reichte einen davon dem anderen.

„Es sind gesammelte Broden, die von der Herren Tischge zielen.“ Die so befundene Solidarität der Armut wurde von dem Beschenkten dankend akzeptiert.

„Uebrigens,“ fuhr der Schenker fort, „wie geht es Deiner Frau und Deinen Kindern?“

„Schlecht, schlecht,“ entgegnete jener. „Seit Wochen geht der Arzt aus und ein, wie das werden und wer mit 27 Pfennigen

ganz besonders auf dem Gebiete des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Die Wirklichkeit modelt die sozialen Theorien um und paßt sie den Verhältnissen an, und manche schöne Idee kennt man kaum wieder, wenn sie in die Praxis umgesetzt worden ist. Davon gibt uns die Geschichte und die Erfahrung zahllose Beispiele, von denen wir zur Erläuterung unseres Themas ein paar herausgreifen wollen.

Es ist allgemein bekannt, daß alles soziale Streben darauf hinausläuft, das menschliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten auf eine neue, bessere Grundlage zu stellen und es so zu ordnen, daß es den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Moral entspricht. Diese Bestrebungen, die wir Sozialismus im weiteren Sinne nennen, fanden ihren ersten Ausdruck in den sozialen Utopien, den Schilderungen einer idealen Gesellschaft ohne Mängel und Fehler. Die Not und das Menschenelend wirkten auf das Gefühl und weckten die sozialen Dissonanzen in der Menschenbrust, die Phantasie setzte sich in Bewegung und erschuf ein Scharaffenland, in dem einem die zehrentenen Tauben in den Mund flogen. Allmählich jing die Menschheit an, kritisch zu werden, sie legte sich die Frage vor, ob jene Phantasiegebilde denn auch verwirklicht werden könnten, und so entstanden die sozialen Theorien und sozialen Systeme, die wir in alter und neuer Zeit beobachten. Der Sozialismus wurde aus einer Sache des Gefühls zu einer Sache des Verstandes, er machte den Schritt von der Utopie zur Wissenschaft, und zugleich drängte er auf Verwirklichung.

Nehmen wir zum Beispiel die Theorie von der Gleichberechtigung aller Menschen und von der allumfassenden, opferfreudigen Menschenliebe. Schon die Philosophen des Altertums haben lange vor der Entstehung des Christentums diese Theorie aufgestellt: die Pythagoräer forderten die wechselseitige Aufopferung (man denke nur an das Schillerische Gedicht: „Die Bürgerschaft“, das uns zwei Pythagoräer schildert), und der griechische Philosoph Aristoteles erklärte, daß das Prinzip der Uebervorteilung und Ausbeutung durch das Prinzip der Gerechtigkeit und Liebe ersetzt werden müssen. Jeder Mensch solle in seinem Nebenmenschen einen gleichwertigen, gleichberechtigten Genossen erblicken, den er nicht verletzen darf, dem er vielmehr mit Liebe und Wohlwollen begegnen muß. Wahrlich, eine wunder schöne Theorie! Im Christentum haben wir den Versuch, diese Theorie in die Praxis umzusetzen, es sollte ein neues Reich der Gerechtigkeit und Liebe gegründet werden. Wie sehr die christliche Praxis von der christlichen Theorie abweicht, ist allgemein bekannt; Gegenwart und Vergangenheit zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie wenig die Praxis der Theorie entspricht. Die Religion der Liebe, die die Gleichheit aller Menschen auf ihre Fahne geschrieben hatte, wurde zu einer Religion des

Hasses, in der Intoleranz und Fanatismus eine scheußliche Rolle spielten; die Theorie, daß das Wort töte und daß der Geist lebendig mache, verwandelte sich in der Praxis in eine Herrschaft des Wortes über den Geist, wie sie die Geschichte weder vorher, noch nachher gekannt hat; die Theorie von der Gleichberechtigung der Menschen hat nicht verhindert, daß das christliche Mittelalter die Menschen in beborrechtigte und benachteiligte Stände zerklüftete und eine Ungleichheit schuf, wie nie zuvor.

Ebenso ging es auch mit anderen Theorien und Prinzipien. Das mittelalterliche Autoritätsprinzip, das aus dem Wirken der Völkerwanderung eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung schuf, wurde in der Praxis zu einer Anechtung der Geister und zu einem Hemmschuh der Entwicklung. Die gute Theorie, die im Junitwesen zum Ausdruck kam, und die darauf hinauslief, die Angehörigen eines Standes nach innen und außen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zu schützen, führte in der Praxis zur Erstarrung und Verkünderung und zur Erstörung persönlicher Strebsamkeit. Und dann erschien zu Beginn der Neuzeit die herrliche Theorie von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf der Wildfläche. Auch ein schönes Ideal! Der Arbeiter, so erzählten uns die Theoretiker, tritt dem Kapitalisten als freier Mann und gleichberechtigter Kontrahent gegenüber; sie schließen einen Vertrag miteinander ab, den sogenannten freien Arbeitsvertrag, in den sich kein Dritter, weder Staat noch Organisation, hineinmischen hat. Beide Parteien vertreten ihr eigenes Interesse und dadurch entsteht ganz von selbst eine Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit, die der Allgemeinheit förderlich ist. Diese Theorie hat in der Praxis des Wirtschaftslebens elend Schiffbruch gelitten, und heute ist sie von allen vernünftigen Sozialpolitikern völlig über Bord geworfen worden. Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der sich ein neues Prinzip, das Prinzip der Organisation, durchzuringen sucht: an Stelle der schrankenlosen Ausbeutung des Menschentums soll die organische Freiheit des Sozialismus treten. Wir müssen es der Zukunft überlassen, uns zu zeigen, wie weit diese Theorie sich verwirklichen läßt und welche Veränderungen und Wandlungen sie im Leben erleben wird.

Ich hatte schon mehrmals Gelegenheit, den Gedanken auszusprechen, daß der Patriotismus für unsere Zeit ein unnatürliches, unvernünftiges, schädliches Gefühl sei, welches einen großen Teil der Uebel verursache, unter denen die Menschheit leidet, und daß dieses Gefühl nicht genährt und großgezogen werden dürfe, wie es jetzt geschieht, sondern im Gegenteil unterdrückt und durch alle Mittel, die vernünftigen Menschen zugänglich sind, vernichtet werden sollte.

Stundenlohn Arzt- und Krotbekerlohn zahlen soll, das weiß ich nicht. Da ist man nun häßlicher Arbeiter und muß doch am Hungertode nagen. Nächstens wird mein Großer aus der Schule entlassen, wie ihn einleiden, ohne zu übeln?"

„Man sollte einmal wegen Lohnerhöhung vorstellig werden,“ war der andere ein.

„Dada, da kennst Du Buchholz'n schlecht. Ja, wenn die da drüben vernünftiger wären.“ Er machte mit dem Kopfe eine Bewegung nach einer Gruppe von Gestalten zu, die in der anderen Ecke der Bude stand. „Außerdem hat der Bürgermeister in der letzten Stadterordnetenversammlung schon vorgebeugt. Als unsere Sache zur Sprache kam, meinte er, wir seien nur Invaliden, Krüppel, die nur aus Barmherzigkeit von der Stadt beschäftigt würden.“

„Schöne Barmherzigkeit das,“ erwiderte der Zigarrenmann. Damit wurde das Gespräch abgebrochen, denn man schickte sich an, die Stätte zu verlassen. Dann traten die weiterharten Gestalten hinaus. Je zwei erfaßten einen zweirädrigen Karren, einer schob, der andere zog, und die Kolonne löste sich nach allen Richtungen der Windrose hin auf, um ihrem Geschäft der Straßenreinigung obzuliegen.

Gustav war mit einem anderen zusammengekommen. Die beiden hatten in einer abgelegenen Straße zu tun und mühselig krachten sie auf dem holperigen Pflaster dahin. Auf einen Augenblick verschaukelten sie. Diese Pause benutzte Gustav, seinen Vordermann anzureden:

„Du solltest Dich unserer Organisation anschließen. Es wäre doch möglich, daß wir unsere erbärmliche Lage etwas verbessern könnten.“

„Um,“ machte der Angeredete, und als ob er nur halb von der Güte des Vorschlags überzeugt sei, legte er sich wieder in die Deichsel und zog und hielt nicht eher inne als bis sie am Ort und Stelle waren.

„rrritschisch, rrrritschisch, rrrritschisch, fuhren die Fesen über das Pflaster. Mit energischen Strichen wurde der Urnat zusammengefasst, der sich leicht den ordnenden Geräten fügte.

Plötzlich stieß Gustavs Fesen an einen härteren Gegenstand, der bei dem Stoß einige Schritte fortrutschte. Wie ein kleiner Roboter huschte er dahin und blieb dann im Schein einer flackernden Laterne liegen. Gustav haschte danach und — hielt eine Brieftasche in der Hand. Beim fahlen Lichte überzeugte er sich vom Inhalte und in lauter Auf entfuhr seinen Lippen. Das veranlaßte den Nebenarbeiter näher zu treten, und die beiden stierten schier geistesabwesend in den geöffneten Gegenstand. Da waren zahlreiche Banknoten enthalten von brauner und blauer Farbe, wie sie solche in ihrem ganzen Leben noch nicht gesehen hatten. Das waren ja tausende von Mark, die sie da in Händen hielten. Mit einem Schlage konnten sie ihre elende Lage verbessern.

„Du, Gustav, das teilen wir,“ brach der Hingetretene das Schweigen.

„Teilen? Nein, das liefern wir ab.“

„Sieh einer den Ehelichen an! Hat hungernde und franke Kinder daheim und Frau, weiß nicht, wo er sein müdes Haupt hinlegt, und spielt sich auf den Großartigen hinaus. Gel und glaubst Du, ich wüßte nicht, daß es Dir sauer ankommt, für Deinen Großen Kleider zur Konfirmation zu beschaffen. Du brauchst doch wirklich notwendig genug einen Zuschuß. Hier hält Du ihn in der Hand. Den hat Dir der Himmel gesandt, vielleicht durch Vermittlung des Gottesohnes, der nicht will, daß arme Kinder halb-nackt vor seinem Altar treten. Kein Mensch hat uns gesehen. Wir machen halt'parl. Ich halte reinen Mund.“

Eifrig redete der Verführer auf den Kinder ein, und bei der Erwähnung seiner Kollage war es ihm, als beläme er einen Stich durchs Herz. Ueber sein Gesicht zuckten seltsame Schattungen. Die Argumente schienen ihn zu überzeugen. Dann schob er die

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

Vom Reichstag.

Das bunte Bild, das der Reichstag schon in voriger Woche bot, blieb ihm auch in dieser Woche in doppelter Beziehung bis zum Schluß treu.

Auf den Plätzen des Bundesrats wimmelte es von Uniformen: der Kriegsminister von Preußen sitzt auf dem Sessel des Reichszantlers, ihm gegenüber die Militärbevollmächtigten von Bayern, Sachsen, Württemberg, umgeben von Generalen und Generalstabs-offizieren. Nur ganz verloren hier und da ein Regierungsvertreter vom Zivil zwischen ihnen: die roten Militärtruppen überstrahlen weit die weißen Ziviltragen.

Ebenso bunt ist der Stoff, der Tag um Tag zur Beratung gestellt wird: Gehalt des Kriegsministers (50 000 M.), Militär-lassen- und Intendanturwesen, Militärjustiz, Militärbeamte und Unteroffiziere, Garnisonlazarette, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, Garnisonverwaltung und Pferdebeschaffung, Militärturn-anstalten, Artillerie, Waffenwesen und militärische technische Institute — sind einige der Kapitel, deren Etat nacheinander zur Debatte und Beschlußfassung gebracht wird. Ein Redner löst den anderen ab; die meisten lassen sich kurz. Alle paar Minuten ertönt immer wieder das Glodenzichen, das ankündigt, wenn ein neuer Sprecher aufgerufen wird. Und Stundenlang ist es, was die Einzelnen zu den einzelnen Kapiteln, zu denen das gerade möglich ist, vorbringen. Großes und Kleines, Wichtiges und Unwichtiges, Persönliches und Sachliches, Ernstes und Heiteres. Abgeordnete, die sonst nicht zu Worte kommen, weil sie zu größeren Fragen nichts zu sagen haben oder nichts zu sagen wagen, kommen hier zur Geltung. Die Welt soll erfahren, daß auch sie noch da sind; speziell soll ihr Wahlkreis einmal etwas von ihrer Anwesenheit in Berlin hören. Und alles lassen hier die hohen Herren Offiziere geduldig über sich ergehen; sie, die sonst überall den Ton angeben und Befehle erteilen, stehen Stundenlang still und hören zu, bis sich hier und da einmal einer von ihnen zu einer Entgegnung zum Wort meldet. Der Reichstag zwingt auch sie in seinen Gesamtwillen hinein, unterwirft sie, die sonst sich nie zu unterwerfen bereit sind, seiner Geschäftsordnung.

Wie vielartig die Dinge sind, die bei den genannten einzelnen Kapiteln zur Erörterung kommen, davon nur eine kleine Mütteleise. Die Freisinnigen beantragen, daß künftig auch Juden zu Offizieren befördert werden sollen. Dieser Antrag führt zu einer Auseinandersetzung, die fast zwei Tage in Anspruch nimmt und sich zu einer richtigen allgemeinen Juden-debatte auswächst. Der Kriegsminister leugnet, daß die Absicht bestehe, Juden vom Offizierskorps fernzubehalten; die Fortschrittler weisen das Gegenteil nach; der Antisemit Naab hält eine keiner bornierten Judenfresserischen Reden und sozialdemokratische Redner übergießen den Kriegsminister, Anti- und Philosemiten (das heißt Judenfeinde und Judenfreunde) mit Pohn und Spott: die Offizierskorps seien längst verjudet, ohne

daß sie es Recht haben wollten, denn ungezählte Offiziere hätten ein „Rebellen“ heimgeführt, um ihren Wappenschild neu zu vergulden. Die Verjudung des Heeres durch Offiziersfrauen sei eine längst bekannte Erscheinung. Dann kommen die Soldatenmishandlungen aufs Tapet und finden in einigen sozialdemokratischen Abgeordneten rücksichtslose Ankläger. Man fragt an, warum man noch immer die kümmerliche Soldatenlohnung nicht ausbeßert, trotz der neuen 500 Millionen indirekter Steuern — und erhält keine Antwort. Schwarze Fonds werden der Militärverwaltung in Sachsen als zu Unrecht und zu unrechten Zwecken bestehend vorgeworfen: die Rechtfertigung des sächsischen Militärbevollmächtigten erweist aber nur einen Teil der erhobenen Anklagen als unhaltbar; allerhand Verdacht bleibt auf ihm sitzen. Dann werden die teilweise ungenügenden Zustände der Militärarrestlokale zur Sprache gebracht: sie seien oft geeignet, den Inhaftierten Schäden an ihrer Gesundheit zuzufügen. Die verhängnisvolle Konkurrenz, die die Militärmusiker den Zivildienstmusikern machen, und die vielfach bis zur Existenzvernichtung der letzteren führt, wird mit scharfen Worten gegeißelt. Eine leidenschaftliche Auseinandersetzung setzt es, als bekannt wird, daß Soldaten kommandiert worden sind, um auf, allerdings verhängte, Leichen und Leichenteile zu schießen, angeblich zu dem Zweck, um die Geschosswirkungen zu erproben. Die Sozialdemokratie verlangt, daß das Verbot tun sollen, nicht kommandierte, wissenschaftlich uninteressierte Mannschaften; denn das fördere nur Hoheit der Gestattung und zerstöre jedes Pietätsgesühl. Aber die bürgerlichen Parteien und die Offiziere wollen davon nichts hören. Der Freisinnige und Arbeiterfreund Ruggard höhnt die Sozialdemokraten gar noch wegen des „mittelalterlichen Aberglaubens“, den sie dabei an den Tag gelegt; diese aber antworten, daß bei ihren Gegnern nur eine erstaunliche Robheit der Gesinnung an den Tag gekommen sei. Die Arbeiterverhältnisse in den Bekleidungsämtern, den Munitions- und Waffenfabriken werden heiß umstritten: hier und da schließt sich eine kleine Sozialisten-debatte ein, und die Zentrumsarbeitsvertreter zeichnen sich dabei als besonders hungrige Sozialistenfresser und Feinde der freien Gewerkschaften aus. Sozialdemokraten wenden sich beim Punkt der Militärpferdeankäufe gegen den ungeheuerlichen Zustand, daß agrarische Reichstagsabgeordnete ihr Mandat mißbrauchen, um in der Budgetkommission die Regierung zu animieren, von Jahr zu Jahr immer mehr Geld für Pferdeankäufe anzufordern, so daß der Pferdebelaufet binnen wenigen Jahren von 6 auf 11 Millionen Mark gestiegen ist. Bürgerliche Abgeordnete gehen auf Stimmenfang aus, indem sie für kleine Orte ihrer Wahlkreise Garnisonen verlangen. Die Konkurrenz, die die Krümpferfahrzeuge der Truppenteile in Stralsburg und Danzstadt den dortigen Droßkutschkutschern machen, wird gegeißelt; das Verbalten marschierender Truppen im Gewitter wird besprochen und gefahr-brohende Maßnahmen werden vorgeschlagen. Die Forderung der Freisinnigen, die Turner im Heere durch kürzere Dienstzeit zu bevorzugen, führt zu einer erregten Auseinandersetzung über die „deutsche“ und die „freie“ Turnerschaft; der Kriegsminister lehnt dabei jede außergewöhnliche Bevorzugung der Turner bei

Freitasche halb zögernd in seinen fadenfcheinigen Rod, indessen sich der andere verächtlich von ihm abwandte. Die Arbeit wollte aber von jetzt ab keinem der beiden mehr so recht gehen. Endlich war sie aber doch getan. Der Morgen hatte mittlerweile die Herrschaft über die Nacht angetreten, sogar die Sonne hatte sich durchgerungen und vergoldete die Miralben Tropfen, die an Gesteinen der Gebäude, an Säunen und auf der Straße perlten. Nun hatten die Drei Pause. Ohne sein gewohntes Frühstück auszapfen, wandte sich Gustav an seinen Partner:

„Komm mit!“

„Wohin?“

„Komm mit!“ wiederholte er. Diesmal klang es schon mehr beschließend. Halb zögernd folgte der also Eingeladene. Sie gingen strahauf und durchquerten einige Straßen. Im Rathaus verschwanden sie und traten in ein Zimmer, an dessen Tür ein Schild prangte: Fundbüro. Der Beamte machte große Augen, als er den Inhalt der Briefstasche prüfte. Dann trug er den „Zatbestand“ in ein Register ein und schwachte etwas von Anspruch auf geschlichen Findexlohn, das die beiden in ihrer Verwirrung nur halb verstanden. Damit war die Sache einstweilen erledigt.

Nach einiger Zeit hielten die beiden Finder eine amtliche Vorladung in den Händen. An Amtsstelle wurde ihnen mitgeteilt, daß der Verlierer des neulich abgelieferten Schaks sich gemeldet habe. Dann wurde ihnen der „geschliche“ Findexlohn ausgezahlt. Halbpart, keiner mehr und keiner weniger.

Auf dem Nachhausewege schob sich der Versucher an Gustavs Seite:

„Du, ich habe mir die Sache mit Kurzer Organisation überlegt, ich werde ihr beitreten. Du warst damals bei dem Funde der Stärkere.“

Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes.

Unter diesem Titel ist von Luise Riech eine Broschüre im Verlage der Leipziger Buchdruckerei-Aktiengesellschaft neu erschienen. Im einleitenden Kapitel „Die Frauenerwerbsarbeit“ schreibt die Verfasserin u. a.:

Die Ergebnisse der Volks-, der Berufs- und Gewerbezahlung aller Kulturstaaten zeigen, daß die Frauenerwerbsarbeit schneller zunimmt als die Männerarbeit, schneller sogar als die weibliche Bevölkerung.

Deutschland zählte im Jahre 1882 5 541 517 weibliche Erwerbstätige, deren Zahl stieg bis zum Jahre 1895 auf 6 578 550, eine Zunahme von 18,7 Proz. Das Jahr 1907 mußerte 9 492 881, eine Zunahme von 44,44 Proz., seit 1882 fast eine Verdoppelung. Die Zahl der im Hauptberuf tätigen Frauen betrug: 1882 4 259 103 (18,5 Proz.), 1895 5 264 303 (19,3 Proz.), 1907 8 243 498 (26,4 Proz.).

Von den 1907 gezählten Erwerbstätigen waren 2 103 924 (1896: 1 521 118) in der Industrie beschäftigt, 931 373 (1896: 579 006) im Handel und Verkehr, 4 508 980 (1906: 2 979 106) in der Landwirtschaft, bei gleichzeitiger Verringerung der ländlichen Bevölkerung von 18,5 auf 17,7 Millionen, 1 249 383 (1896: 1 308 867) als Dienstboten und 28 833 in höheren Berufen.

Von den im Hauptberuf tätigen Frauen waren insgesamt 3 800 359 (46,2 Proz.) verheiratet oder verheiratet gewesen, 1 827 365 (14,2 Proz.) mehr als 1896. Während der Anteil der Ledigen unter hundert Erwerberinnen seit 1882 von 64,3 auf 53,8 Proz., der Anteil der Verwitweten und Geschiedenen von 19,3 auf 12,1 sank, stieg der Prozentanteil der Verheirateten von 16,4 auf 34,1.

Aus diesen Zahlen spricht in der Tat die ungeheure Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit. Wenn fast 4 Millionen Ehefrauen im Hauptberuf erwerbstätig sind, ist die Forderung nach weitgehendstem Arbeiterschutz wahrlich gerechtfertigt. Unsere diesbezüglichen Forderungen sind im Schlusskapitel kurz zusammengefaßt. Das treffliche Büchlein kostet nur 25 Pf. Wir möchten es allen unseren Mitgliedern zur Anschaffung empfehlen.

der Truppe als eine Ungerechtigkeit gegen die anderen Mannschaften ab. Agrarier verlangen in ihrer Unerfälllichkeit für die Zukunft auch noch einen Pferdezoll.

So wogte die Debatte die ganze Woche hindurch hin und her. Und immer waren, da die Arbeiterinteressen stets aufs Lebhafteste mit im Spiele waren, die Sozialdemokraten die Haupttruffer im Streit.

Und wenn dem dickfelligen Militarismus gegenüber auch schwer Verbesserungen abzurufen sind, so ist doch dieser tägliche parlamentarische Kampf unerlässlich: viele Tropfen höhlen den Stein! Das haben z. B. die nun schon Jahrzehnte hindurch wiederkehrenden Anlagereisen gegen die Soldatenmißhandlungen bewiesen: sind letztere auch noch nicht ganz verschwunden, so sind sie doch schon sehr vermindert — dank sozialdemokratischer Parlamentsarbeit.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung

Die Ermüdung der Arbeiter als hauptsächlichste Ursache der Betriebsunfälle. Von der organisierten Arbeiterschaft wird die Forderung erhoben, die Arbeitszeit (Arbeitschicht) mit reichlichen Pausen zu versehen. Sie sind unerlässlich, um die Kräfte zu sammeln und den Körper von neuem zu stärken. Von ärztlichen Autoritäten ist schon verlangt worden, daß schon nach zwei-, höchstens dreistündiger ununterbrochener Beschäftigung eine Ruhezeit einzulegen ist. Das sei notwendig, um die Arbeitsfähigkeit nicht durch Ueberanstrengung vorzeitig aufzureiben. Aber auch auf die Häufigkeit der Betriebsunfälle übt die Ermüdung des Arbeiters einen großen Einfluß aus. Die besondere Gewerbe-Unfallstatistik, die für das Jahr 1907 ausgewonnen worden ist, gibt zum ersten Male Nachweise über die Dauer der Beschäftigung der Verletzten und getöteten Personen vor dem Unfall. Leider ist die Statistik noch nicht so vollkommen, die zu den verschiedenen Tagesstunden Verunglückten in Beziehung zu der Gesamtzahl der Beschäftigten zu setzen. Es hat nur die Verhältnisberechnung in Prozenten aller Verletzten erfolgen können. Danach betrug die Zahl der Verletzten und getöteten Personen, für welche im Jahre 1907 zum ersten Male Entschädigungen gezahlt sind, nach der Dauer ihrer Beschäftigung am Unfalltag (seit Beginn der Arbeitsschicht) in Prozenten:

| Beschäftigungsdauer | Berufsgenossen- schaften insgesamt | Gewerbliche Berufsgenossen- schaften | Gemeinde- und Staats- betriebe |
|-------------------------|--|--|--------------------------------------|
| weniger als 1 Stunde .. | 4,89 | 4,94 | 5,80 |
| 1—2 Stunden | 8,57 | 8,68 | 9,57 |
| 2—3 " | 9,10 | 9,21 | 10,47 |
| 3—4 " | 11,94 | 11,28 | 11,93 |
| 4—5 " | 12,90 | 12,20 | 13,88 |
| 5—6 " | 10,24 | 10,16 | 9,70 |
| 6—7 " | 8,13 | 8,10 | 7,83 |
| 7—8 " | 8,68 | 8,66 | 8,11 |
| 8—9 " | 8,54 | 8,54 | 8,11 |
| 9—10 " | 7,59 | 7,57 | 7,28 |
| 10 und mehr Stunden .. | 10,92 | 10,71 | 8,88 |

Daraus ist zu ersehen, daß die größte Zahl der Unfälle nach einer Beschäftigung von 4 Stunden eintritt. Die Zahl der Unfälle während der fünften bis sechsten Stunde der Arbeitsdauer ist dann etwas geringer, weil nach einem so langen Zeitraum größtenteils eine Pause stattgefunden hat. Die Unfallziffer sinkt dann ziemlich erheblich herab, weil allenthalben nach der sechsten Stunde die Mittagspause stattfindet, die eine verhältnismäßig längere Erholung bringt. Während der späteren Stunden tritt dann wieder die Steigerung ein. Wenn die neunte bis zehnte Stunde eine Verminderung bringt, so ist das nur scheinbar, denn die Zahl der Arbeiter, die nicht länger als neun Stunden arbeitet, ist schon eine erhebliche. Bei den einzelnen Berufszweigen ist das statistische Ergebnis natürlich ein sehr verschiedenes. Bei der Mülerei-Berufsgenossenschaft verunglückten während der ersten Arbeitsstunde 5,37 Prozent, der vierten bis fünften Stunde 10,06 Prozent, nach der zehnten Arbeitsstunde 21,29 Prozent. Bei der Berufsgenossenschaft der Molkerei-, Brennerei- und Stärke-Industrie betrug die Zahl der während der ersten Arbeitsstunde Verunglückten 8,15 Prozent; sie steigerte sich auf 21,5 Prozent nach der zehnten Stunde. Bei der Ostddeutschen Winnschiffahrts-Berufsgenossenschaft stieg die Zahl der Verletzten während der gleichen Zeit von 4,72 auf 23,38 Prozent, bei der Fabrikanten-Berufsgenossenschaft von 3,52 auf 35,5 Prozent. Man sieht, es sind besonders die Gewerbebezweige mit wenig oder nicht geregelter Arbeitszeit, die nach übermäßiger Beschäftigungsdauer der Arbeiter eine Unmenge von Betriebsunfällen zeitigen. Die Verkürzung der Arbeitszeit würde also hier die wohlthätigsten Folgen haben.

Verträum' die Zeit, verlern' das Denken
Und mache stets ein Schafgeschicht;
Laß dich von jedem Ochsen lenken,
Und wenn er stößt, so mußt du nicht.

Aus unserer Bewegung

Gughaven. Die Kollegen hielten am Sonntag, den 28. Februar, ihre monatliche Versammlung im Gasthof „Zur Sonne“ ab. Kollege G. Jahn-Damburg erläuterte eingehend die hauptsächlichsten Positionen des für das Jahr 1910 herausgegebenen Geschäftsberichtes. Auf den Distrikt Gughaven, der erst im verfloffenen Jahre errichtet wurde, entfielen 122 der insgesamt neugewonnenen 787 Mitglieder. In diesem Jahre, 1911, habe sich diese Zahl schon bedeutend vergrößert, und sei eine weitere Zunahme mit Sicherheit zu erwarten. Der im vorigen Jahre eingereichte Antrag auf Schaffung eines Arbeiterausschusses für die Arbeiter und Unterangestellten der Deputation für Handel und Schifffahrt in Gughaven sei mit einer sonderbaren Begründung abgewiesen worden. Die Behörde vertrete die Ansicht, daß vom Land zeitweilig abwesende, auf Neuwerk oder den Reedeschiffen stationierte Arbeiter keine Vertretung brauchten und die dann noch verbleibenden Arbeiter eine so geringe Zahl bilden, daß auf sie die gesetzlichen Vorschriften keine Anwendung finden könnten. Gerade die häufige Abwesenheit einer Anzahl Arbeiter bedinge aber mit Notwendigkeit deren Vertretung durch dazu autorisierte Personen aus der übrigen Arbeiterschaft. Die Behörde werde sich auf die Dauer dieser dringenden Notwendigkeit nicht entziehen können, und dem berechtigten Verlangen der in Frage kommenden Arbeiterschaft entgegenkommen müssen. Wie mit der Ablehnung des Arbeiterausschusses, liege es auch mit der Nichteingührung der Wochenlöhne. Die in Gughaven tätigen staatlichen Arbeiter seien auf diese Weise gewissermaßen unter ein Ausnahmegesetz gestellt, ein Zustand, der der Gerechtigkeit nicht entspreche. In diesem Jahre vorgenommenen Erhöhungen der Strandarbeiterlöhne von 42 Pf. auf 44 Pf. pro Stunde treffe auch nur einen Teil aller Strandarbeiter. Die ganze Anzahl der unter 3 Jahre beschäftigten, nur 40 Pf. Stundenlohn erhaltenden Arbeiter habe nichts bekommen. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten wurde noch beschlossen, in der nächsten Versammlung die Aufstellung der Kandidaten für den Arbeiterausschuß im Strom- und Hafenaufbau vorzunehmen. Am Schlusse widmete der Vorsitzende den beiden verunglückten Kollegen Rünster und Leroy, die bei Ausführung einer gefährlichen Order seitens des Kommandanten des Leuchtschiffes bei den heftigen Stürmen der vergangenen Woche in dem aufgeregten Wasser ihren Tod fanden, einen tief empfundenen Nachruf.

Hamburg. Am Sonntag, den 28. Februar, fanden sich die in Neuenfelde, Rienkop, Bierzigtüden und Frankop wohnenden Stalarbeiter der Wasserbauinspektion Unterelbe zur Distriktsversammlung bei R. Peters in Bierzigtüden ein. Der Vertreter des Distriktsvorstandes, Kollege Jhle, gab zunächst einen kurzen Rückblick über den an die Versammlungsbesucher ausgehängten Jahresbericht 1910. Besonders erwähnenswert sei die Mitgliederzunahme im Landgebiete, die 68 Proz. des Gesamtgewinnes betrage. Auf den Distrikt Neuenfelde entfielen von dem Zuwachs 60 Mitglieder. Anschließend an die Ausführungen betr. den Jahresbericht verwies Redner noch auf den im Anhang abgedruckten Tarif für Akkordarbeiten im Regiebetrieb der Wasserbauinspektion, sowie den dazu gehörigen Auszug aus dem Lohnvertrag der Daggerei-betriebe, und empfahl ein eingehendes Studium des Gesamtberichtes, damit die Mitglieder einen genauen und vollständigen Überblick über die Jahre 1910 geleisteten Organisationsarbeit und die damit verbundenen Erfolge erhalte. Alldann wurde über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses der Stalarbeiter an der Unterelbe und die durch Ablauf der Amtsdauer erforderliche Neuwahl desselben verhandelt. Bei den geringen Erfolgen, welche in den Sitzungen der zu Ende gehenden Periode betr. der eingereichten Anträge zu verzeichnen gewesen ist und der recht „eigenständlichen Ueberlegung“ einiger Anträge, sei vor allem eine gute Vertretung der Arbeiter notwendig und bei der Aufstellung der Kandidaten zum Arbeiterausschuß darauf zu achten. Nach erfolgter Normierung der Kandidaten und Ersahmänner und Ueberlegung einiger interner Sachen schloß die Versammlung mit der Aufforderung zu reger, unermüdbarer Arbeit für die Organisation.

Hamburg. Ein unerhörter Vorgang wird aus der Betriebskrankenkasse Nr. 1 der 2. Sektion der Baudeputation (Strom- und Hafenaufbau) gemeldet. Die Arbeiter der Baudeputation, zwangsweise Mitglieder der verschiedenen Betriebskrankenkassen dieser Behörde, haben schon öfter bei uns Klagen geführt über rücksichtslose Behandlung seitens einiger Aerzte dieser Klasse; es wurde behauptet, es liege Schwindel darin. Wir haben aber bisher fast allen solchen Beschwerden skeptisch gegenübergestanden. Jetzt ist uns nun dokumentarisch der Beweis erbracht, daß die Verwaltung der Betriebskrankenkasse für Arbeiter am Strom- und Hafenaufbau bei den Assenärzten darauf hinwirkt, die Mitglieder der Klasse um ihr erworbenes Recht zu bringen. Am 15. Februar d. J. mußte sich der in Kirchwarder wohnhafte Stalarbeiter C. in ärztliche Behandlung begeben wegen einer Geschwulst am Mittelfinger der rechten Hand. Herr Dr. Frieben, ebenfalls in Kirchwarder wohnhaft, nahm eine Operation vor, und nun stellte sich heraus, daß der Finger bereits tief vereitert war. Selbstverständlich mußte der Arzt die Erwerbs-

unfähigkeit des E. bescheinigen. Die Verwaltung der benannten Betriebskrankenliste sandte dem Arzt ein vom 18. Februar datiertes Schreiben folgenden Wortlautes: „Herrn Dr. med. Frießen, Kirchwärd. Der von Ihnen als erwerbsunfähig gemeldete Arbeiter E. . . . ist am 11. Februar d. J. wegen Mangel an Arbeit entlassen. Da die Kasse seit 11 Wochen einen seit Bestehen derselben nie erreichten andauernd hohen Krankenbestand hat, ist unbedingt darauf Rücksicht zu nehmen, daß ein Saisonarbeiter wie E., der im Winter doch nicht arbeitet, erwerbsfähig behandelt wird. Die Kasse hat alle Ursache, den ungeheuer hohen Krankenbestand nach Möglichkeit zu vermindern, und dazu ist es unbedingt nötig, daß die Herren Kassenärzte helfen. Betriebskrankenliste Nr. 1 der Sektion für Strom- und Hafenbau. J. A.: Fleth.“ — Ueber dieses Schreiben war Herr Dr. Frießen tief empört. Es ist doch aber auch ein starkes Stück, daß die Verwaltung einer Betriebskrankenliste des hamburgischen Staates sich so etwas erlaubt. Dem Arzt wird die unwürdige, ihn schwer beleidigende Zumutung gestellt, sich selbst zu erniedrigen, indem er mitteilen soll, den erkrankten Arbeiter um seine Unterstützung zu bringen. Weil der Arbeiter nach Ansicht der Kassenverwaltung momentan keine Arbeit hatte, soll der Arzt ihn um sein Krankengeld bringen, indem er ihn einfach als erwerbsfähig bezeichnet. Es war aber auch noch nicht einmal wahr, daß E. keine Arbeit hatte. Er hatte nach seiner Entlassung am Strom- und Hafenbau bereits Arbeit wieder gefunden. Doch dies ist nebensächlich. Ob er Arbeit hatte oder nicht, er war Mitglied der Kasse, hatte dieser gegenüber seine Pflicht erfüllt, und er konnte nun auch sein Recht, das Krankengeld, beanspruchen. Das Vorgehen der Verwaltung dieser staatlichen Betriebskrankenliste ist deshalb unserer Meinung nach unerhört. Herr Dr. Frießen würde sich eines mit Strafe bedrohten Vorgehens schuldig gemacht haben, hätte er dem Schreiben der Kassenverwaltung Folge geleistet. E. soll erwerbsfähig behandelt werden in Rücksicht darauf, daß er keine Arbeit hat, wie die Kassenverwaltung glaubt. Solche Mitglieder gibt es aber viele in den Betriebskrankenlisten der Baudeputation. Im Sommer beschäftigt die Baudeputation viel mehr Arbeiter als im Winter. Und alle diese Saisonarbeiter werden gezwungen, den Betriebskrankenlisten beizutreten. Werden diese Arbeiter im Winter entlassen, müssen sie ihre Mitgliedschaft zur Betriebskrankenliste aufrechterhalten, denn einer freien Hilfskasse können sie deshalb nicht angehören, weil sie von ihrem Tagelohn von 3,80 Mk. nicht auch noch Beiträge zu einer zweiten Krankenliste aufbringen können. — Erkrankten solche Arbeiter nun im Winter, wird die Kassenverwaltung an die betreffenden Ärzte die Aufforderung richten, die erwerbsunfähigen Kranken als erwerbsfähig zu behandeln. Ja, die Kassenverwaltung geht noch weiter. „Den . . . Krankenbestand . . . zu vermindern . . . ist unbedingt nötig, daß die Herren Kassenärzte helfen.“ Dies klingt schon ganz allgemein. Die „Hilfe der Herren Kassenärzte“ soll sich demnach nicht etwa nur auf Saisonarbeiter beschränken. Also möglichst alle Kranken als arbeitsfähig behandeln! Nur erkrankte Arbeiter nicht schonen! Welches Maß von Unmoral spricht aus jenem Schreiben der Verwaltung einer Betriebskrankenliste des hamburgischen Staates!

Hamburg-Kirchwärd. Im Lokal von Timmann in Howe tagte am Sonntag, den 26. Februar d. J., eine Konferenz der Vertrauensmänner der Stadtarbeiter der Distrikte Osdenswärd und Jollenpieler und alsdann eine Stadtarbeiterversammlung für Kirchwärd. Der Hillaivorstand war durch den Kollegen Schönberg vertreten. Es wurden Vorbereitungen der Neuwahl des Arbeiterausschusses der Arbeiter der Wasserbauinspektion Oberelbe getroffen. Man einigte sich, die bisherigen Vertreter, den Vorarbeiter Buschmann ausgenommen, wieder zur Wahl in Vorschlag zu bringen. In der Versammlung referierte Schönberg zunächst über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses in der nun alsbald abgelaufenen ersten Geschäftsperiode. Arbeiterausschuss und Gesamtarbeiterschaft, letztere zusammengeschlossen im Verbände, hätten gut zusammen gearbeitet und erhebliche Erfolge seien zu verzeichnen. Redner erbrachte hierfür im einzelnen den Beweis. Die Wirksamkeit des Arbeiterausschusses und die Resultate seiner Bemühungen müßten als Ganzes und im Zusammenhang mit allen einschlägigen Verhältnissen betrachtet werden. Dann werde man der Sache und den Personen gerecht. Lob dürfe niemand beanspruchen in der Bewegung, aber vernünftige Beurteilung und Anerkennung der geleisteten Arbeiten dürfe man mit Recht verlangen. Sei uns sei die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ein Bestandteil unserer aller gemeinschaftlichen Tätigkeit in der Organisation überhaupt. Und unter diesem Gesichtspunkt sei die Neuwahl zu betrachten. Die Versammlung akzeptierte die aufgestellte Vorschlagsliste. — Zur nächsten Sitzung des Arbeiterausschusses soll beantragt werden, den Tagelohn zu erhöhen, die Affordlöhne der Steinfeger aufzubessern, die Arbeitsvermittlung von einer Stadtmesserei zur anderen und ferner die Ueberarbeitszeit der zur Waggerei überwiesenen Schulentente zu regeln. — Alsdann erklärte Kollege Schönberg noch einige Abschnitte des drohigert herausgegebenen Jahresberichts für 1910. Der Bericht ist in 6200 Exemplaren erschienen. Jedes Mitglied werde ihn erhalten. Alle staatlichen und städtischen Kollegien und Verwaltungsstellen würden ihn zugestellt bekommen. Es sei nun an uns, auch zukünftig eifrig an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Kaiser-Mantern. Die Arbeiterausschüsse vom 27. Januar brachten unserem Verband einen Vertreter und vier Erfahrene mehr als im vorigen Jahre. Von 10 Vertretern erhielten wir 6. Diesen Erfolg verdanken wir vor allem dem einmütigen Eintreten der Kollegen von den Außenbetrieben für unsere Kandidaten. Deshalb die Schlachthofarbeiter nicht gewählt haben, ist unbegreiflich. Auch die Elektrizitätswerkarbeiter hätten besser auf dem Posten sein können, zumal es gerade hier gegen die Antreiberei zu demonstrieren gilt. Die Mißstände im allgemeinen geben uns aber allen Anlaß, in der Agitations- und Organisationsarbeit für unseren Verband nicht zu erlahmen, bis Besserung eingetreten ist.

Mn. (Tarifabschluß im Deutschen Theater.) Einem neuen Erfolg kann unser Verband (Sektion Bühnenarbeiter) verzeichnen. Dieser Tage führten die zwischen der Direktion des Deutschen Theaters und dem technischen Personal, vertreten durch den Sekretär des Gemeindefachverbandes, gepflogenen Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. Es sei anerkannt, daß die Direktion Verständnis und Entgegenkommen zeigte, ein Zeichen, daß sie nicht nur auf künstlerischem und literarischem Gebiet fortschrittlich wirkt, sondern auch auf sozialem Gebiet eine moderne Auffassung betätigt. Der Vertrag bringt dem technischen Personal bemerkenswerte Vorteile. Die Anfangslöhne wurden für die Bühnenarbeiter von 110 auf 120 Mk. monatlich erhöht mit einer jährlichen Steigerung von 2,50 Mk. monatlich. Die Arbeitszeit wurde geregelt und es wurden bestimmte Normen festgelegt. Sie beträgt während der Spielzeit 10 Stunden, während der Spielfreien Zeit 8 Stunden ausschließlich der Pausen. Geleistete Ueberstunden werden mit 60 Pf. Nacharbeit mit 80 Pf. pro Stunde vergütet. Für Nachmittagsvorstellungen und Sonntagsmatinee wird ebenfalls eine entsprechende besondere Vergütung gewährt. Für die ersten werden 1,80 Mk., für die letzteren 2.— Mk. bezahlt. Jeder Arbeiter erhält monatlich zwei freie Tage, im Sommer während der spielfreien Zeit 6 Tage Urlaub ohne Lohnabzug. Eine Regelung fand auch die Bezahlung der Ausfallsstrafe, die nur abends während der Vorstellung tätig sind. Der Ausfallslohn beträgt 1,50 Mk., steigend bis 2 Mk. pro Abend und Vorstellung. Die weiteren Bestimmungen regeln die Kündigungsverhältnisse, Arbeitsvermittlung und dergleichen. Eine Arbeiterkommission unter Hinzuziehung des Verbandsssekretärs wurde als Vertretung in etwaigen Differenzfällen anerkannt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. September 1912 und läuft ein weiteres Jahr, wenn nicht drei Monate vorher die Auffündigung erfolgt. Damit ist, wenn auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen in Erfüllung gingen, eine Grundlage geschaffen, auf der weitergebaut werden kann.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die amtliche Streik- und Aussperrungsstatistik für das Jahr 1910, deren Ergebnisse freilich mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen sind, zeigt für das Berichtsjahr ein ziemliches Anwachsen der Streik- und Aussperrungsbewegung. Die Zahl der Streiks hat sich gegenüber dem Vorjahre vermehrt von 1637 auf 2100, die der betroffenen Betriebe von 4911 auf 8269 und die der Streikenden von 96 926 auf 164 693. Besonders lebhaft war die Bewegung in der Maschinenindustrie, wo 206 Streiks mit 82 821 Ausständigen stattfanden, von denen 206 Betriebe betroffen wurden. Auch die Ergebnisse der Streiks stellten sich für die Arbeiter recht günstig. Es wurde ein voller Erfolg erzielt bei 409 Bewegungen (im Vorjahre 283), ein teilweiser in 906 (620) und keiner in 785 (734) Fällen. Eine noch weit intensivere Zunahme zeigen die Aussperrungen, deren Zahl sich fast verdreifacht hat. Brachte das Jahr 1909 116 Aussperrungen, so hat das letzte Jahr deren 1121. Die Zahl der betroffenen Betriebe hat sich von 1749 auf 10 881 und die der beteiligten Ausgesperrten von 22 924 auf 217 194 vermehrt. Das Hauptkontingent stellte hier das Baugewerbe. Die große Bauarbeiteraussperrung Anfang im 2. Vierteljahr 1910, im 2. immer noch 5178 Arbeiter zum Feiern. Von den Aussperrungen endeten 122 (im Vorjahre 47) ganz, 944 (80) teilweise erfolgreich und 85 (9) ohne Erfolg für die Unternehmer.

Die Tarifverträge in den deutschen Gewerben zeigen nach einer Zusammenstellung in der „Soz. Praxis“ für die Jahre 1907—1909 folgendes Bild:

| | Verband | | | Nicht ab | | | Abgeschlossen oder erneuert | | | Zwangs | | |
|----------------|----------|------------|------------|----------|------------|------------|-----------------------------|------------|------------|----------|------------|------------|
| | Za. tite | Be. triebe | Ar. beiter | Za. tite | Be. triebe | Ar. beiter | Za. tite | Be. triebe | Ar. beiter | Za. tite | Be. triebe | Ar. beiter |
| 1. Januar 1907 | 3664 | 97410 | 817445 | 1162 | 26170 | 241486 | 2762 | 62300 | 441286 | 1060 | 24191 | 198778 |
| 31. Dezemb. | 5342 | 111050 | 974564 | | | | | | | | | |
| 1. Januar 1908 | 6880 | 110071 | 970700 | | | | | | | | | |
| 31. Dezemb. | 6871 | 120401 | 1028485 | 1981 | 37862 | 349206 | 2869 | 60450 | 415865 | 991 | 12607 | 61987 |
| 1. Januar 1909 | 6881 | 130257 | 1068654 | | | | | | | | | |
| 31. Dezemb. | 6578 | 137314 | 1107478 | 1765 | 94005 | 219902 | 2380 | 30480 | 366110 | 1206 | 6186 | 38784 |

Die Verteilung der am Ende des Jahres 1909 überhaupt bestehenden Tarifverträge auf die einzelnen Gewerbegruppen wird durch die zweite Zahlentafel veranschaulicht. (Siehe Sp. 655).

Das Wachstum der Arbeitstarifverträge hat sich in den Jahren 1908 und 1909 etwas verlangsamt. Abgesehen davon, daß bei einer gewissen Sättigung wichtiger Industriegruppen mit langfristigen Tarifverträgen Neuabschlüsse seltener nötig werden, hat auch die schlechte Wirtschaftslage die tariftragliche Festlegung der Arbeitsregeln und Lohnsätze gehemmt. Im Jahre 1910 ist die Tarifvertragsentwicklung wieder lebhafter und umfassender gewesen, soweit sich aus der fortlaufenden Beobachtung der Arbeitsmarktbewegungen erkennen ließ. Die Differenz von 1 Million tarifgebundenen Arbeiter dürfte weit überschritten worden sein. Nach dem Bestand zu Ende 1909 waren von den für tarifvertragliche Arbeitsregelung

| Gewerbegruppen | Tarifverträge | Betriebe | Arbeiter |
|---|---------------|----------------|------------------|
| Gärtnereindustrie | 2 | 52 | 287 |
| Stein- und Erdenindustrie | 469 | 4 650 | 85 980 |
| Metall- und Maschinenbauindustrie | 493 | 13 470 | 120 813 |
| Textilindustrie | 201 | 281 | 14 922 |
| Papierindustrie | 82 | 1 644 | 20 982 |
| Lederindustrie | 172 | 4 444 | 18 535 |
| Holz- und Schnitzstoffindustrie | 686 | 15 842 | 129 008 |
| Nahrungs- und Genussmittelindustrie | 1 024 | 5 814 | 65 442 |
| Bekleidungsindustrie | 572 | 17 287 | 104 841 |
| Reinigungsgewerbe | 22 | 1 057 | 990 |
| Baugewerbe | 2 009 | 59 248 | 434 890 |
| Poligraphische Gewerbe | 69 | 8 989 | 77 947 |
| Handelsgewerbe | 117 | 1 099 | 80 121 |
| Verkehrsgewerbe | 251 | 2 194 | 19 673 |
| Gastwirtsch. Gewerbe | 21 | 805 | 1 260 |
| Sonstige | 208 | 610 | 81 302 |
| Summe | 6 578 | 137 214 | 1 107 478 |

In Betracht kommenden 9 1/2 Millionen gewerblichen Arbeitern (nach der Betriebszählung von 1907 unter Ausschaltung des Verwaltungs- und Aufsichtspersonals und der mithelfenden Familienangehörigen) etwa 12 Proz. einem Tarifverträge unterstellt. Weit mehr als 12 Proz. waren in den poligraphischen Gewerben (47 Prozent), in den Baugewerben (37 Proz.), in den Holz- und Schnitzstoffindustrien (fast 25 Proz.) und im Bekleidungsgebiete (fast 20 Proz.) von Tarifverträgen erfasst. Mit Ausnahme der Leder- und Papierindustrien (13 bis 11 Proz.) weisen die übrigen Gewerbegruppen kaum 5 bis 7 Proz. oder noch weniger Tarifanhänger auf.

Die Verschmelzungen zusammengehöriger Organisationen gehen noch immer recht langsam vor sich. Erfreulich ist die geplante Verschmelzung der Tabakarbeiter. Die Verbandsvorstände schlagen vor: Die Verbandszahlstellen erhalten eine einheitliche Verwaltung, aber zur Wahrnehmung der besonderen Berufsinteressen können die einzelnen Branchen örtliche Sektionen bilden, deren Leitung zusammen mit den Zahlstellenbevollmächtigten die bisherigen gemeinsamen Lohnkommissionen bildet, denen die gesamte Lohnbewegung am Orte nach Maßgabe der Verbandsverfassung untersteht. Die Beitragsfrage wird in der Weise gelöst, daß sechs Beitragsklassen eingerichtet werden mit folgenden Beiträgen:

| Beitragsklasse | Wochenbeitrag | Darvon für allgem. Verbandszwecke | Für Kranken- u. Streik-Unterstützungszwecke |
|----------------|---------------|-----------------------------------|---|
| 1 | 0,35 | 0,25 | 0,10 |
| 2 | 0,45 | 0,30 | 0,15 |
| 3 | 0,55 | 0,35 | 0,20 |
| 4 | 0,70 | 0,40 | 0,30 |
| 5 | 1,— | 0,45 | 0,55 |
| 6 | 1,20 | 0,50 | 0,70 |

Entsprechend diesen Beiträgen werden die Rechte der Mitglieder geregelt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in Klasse 1 pro Tag 90 Pf., steigend auf 2,50 Mk. täglich in Klasse 6. Die Streikunterstützung steigt von 1,50 Mk. pro Tag in Klasse 1, auf 2,50 Mk. in Klasse 6. Die Krankenunterstützung beträgt in der ersten Klasse 85 Pf. pro Tag und steigt in der sechsten Klasse auf 2,45 Mk. Damit ist auch die Frage der Unterstützungen gelöst, die bisher das wesentlichste Hindernis der Verschmelzung war, weil die Sortiererorganisation von Beginn ihrer Tätigkeit an auf den Ausbau diesbezüglicher Einrichtungen großen Wert gelegt hatte, während die Tabakarbeiter erst im letzten Jahrzehnt an einen systematischen Ausbau ihrer Unterstützungsanstalten gegangen sind. Es ist zu erwarten, daß die vorliegenden Vorschläge in den Mitgliederkreisen Zustimmung finden, so daß die gewünschte Vereinigung zur Tatsache wird. — Nicht so ganz glatt scheint sich die Sache bei den Schmieden abzuwickeln. Die „Schmiede-Zeitung“ teilt mit, daß zunächst noch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Schmiedeverbandes über die Verschmelzung stattfindet. Ferner wird sich auch die Generalversammlung damit befassen. Der bisherige Gang der Dinge gibt leider nicht allzuviel Hoffnung auf Verständigung, da die Schmiede Sonderrechte fordern, die ihnen im Rahmen des Industrieverbandes nicht gewährleistet werden können.

Demokratie in den Gewerkschaften. Noch immer will die Flut der Artikel über „Rassen und Führer“ kein Ende nehmen und wenn eine spekulative Lösung des Problems möglich wäre, müßte sie nachgerade gefunden sein. Uns will bedünken, als wenn nach den sorgfältig erwogenen und abwägenden Ausführungen Adolf Brauns (s. Art. Nr. 8 u. 9 d. „Gew.“) wenig Neues gesagt werden kann. In Nr. 8 u. 9 des „Correspondenzblatt“ entwickelt v. Elm noch einmal den durchaus nicht neuen, von ihm aber mit Recht neu in den Vordergrund gestellten Gedanken der Repräsentativvertretung durch 50 bis 100 ständig in Bereitschaft gehaltene Delegierte, die bei wichtigen Fragen wie Lohnbewegungen, Streiks, Tarifabschlüssen usw. entscheidend sein sollen. Wir weisen schon einmal darauf hin, daß die sehr verschiedenartig gelagerten Verhältnisse der einzelnen Verbände eine generelle Einrichtung schwerlich empfehlenswert erscheinen lassen. Während z. B. die Steinseher bereits einen „Beirat“ besitzen, dürfte es in unserer Gewerkschaft unpraktisch und überflüssig sein, denn die Lohnverhältnisse werden ausschließlich lokal geregelt und bieten in ihrer ungeheuren Mannigfaltigkeit kaum die Möglichkeit, allgemeine Normen zu finden, was schließlich nicht einmal ein Schade ist. Ist also die aufgeworfene Frage für uns so ziemlich erledigt, so treffen doch die bemerkenswerten Ausführungen R. Kautskys in seinem Vorwort zu „Parlamentarismus und Sozialdemokratie“ auch für unsere Kämpfe zu. Es sei nur folgender Passus herausgegriffen: „Ganz anderer Art ist der Unterschied zwischen Führern und Massen in den proletarischen Kampforganisationen. Er entspringt vor allem daraus, daß wohl der einzelne Arbeiter nichts zu verlieren hat als seine Ketten, daß es aber mit seiner Organisation nicht ebenso steht. In volstem Gegensatz zu der Geringfügigkeit des individuellen Aufstiegs des Arbeiters, die am Zustand der Gesellschaft gemessen ein Abstieg ist, steht der Fortschritt der proletarischen Organisationen — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft. Aus lächerlich unbedeutenden, zwerghaften Anfängen sind sie zu riesenhaften Dimensionen angewachsen, die an Ausdehnung und Kraft die anderen gesellschaftlichen Gebilde immer mehr überholen und die Macht der Arbeiterklasse enorm steigern, auch wenn sie nicht immer ihrer Einkommen zu erhöhen vermögen. Durch sie ist der Proletarier ein Faktor geworden, vor dem die Herren der märchenhaftesten Reichtümer, der unbesiegbaren Armeen Respekt gewonnen haben, vor dem sie nicht selten zittern. Durch seine Organisationen erscheint dem Proletarier das Große erreichbar, durch sie hofft er zum Herrn der Welt zu werden.“ — Wie weit die Ausführung Kautskys, daß die Urabstimmung bei den Gewerkschaften ungeeignet, das Repräsentativsystem das richtige sei, zutrifft, ist indessen wieder sehr von der Praxis und Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften abhängig.

Wahlkündentag in Sicht. Zwischen dem Lithographenverband und den Lichtdruckereibesitzern ist kürzlich ein Zentraltarif mit fünfjähriger Geltungsdauer vereinbart worden. Der Vertrag bringt die 8 1/2stündige Arbeitszeit ab 1. Juli 1911 und die achtstündige ab 1. Januar 1913 für das gesamte Lichtdruckgewerbe im Gebiet des Deutschen Reiches. Außerdem wurde der Minimallohn um 2 Mk. wöchentlich erhöht und vereinbart, daß erst auf je fünf Gehilfen ein Lehrling gehalten werden darf.

Die „Wälder- und Konditoreiarbeitung“ hat für die Ausgelernten eine Beilage „Für die Jugend in unserem Berufe“ ihrer Nr. 9 beigefügt, die für den Anschluß an die Organisation Propaganda macht.

Verband und Aufsicht des Verbandes der Tapezierer schreiben einen Extrabeitrag von 50 Pf. auf die Dauer von 6 Wochen aus, um die Verbandsklasse für die bevorstehende Lohnbewegung zu stärken.

◆ Rudolphau ◆

Noch ein Beitrag zu Dr. Lenkes Neuherungen. Aus Magdeburg wird uns geschrieben: Der Bericht des preussischen Abgeordnetenhauses verzeichnet, daß um 3 1/2 Uhr Schluß der Sitzung war. Aber vor schon vor 6 Uhr des gleichen Tages war ein Votum des Magdeburger Magistrats in unserem Magdeburger Gaubureau, dem noch zwei weitere im Laufe des Montagvormittags folgten. Alle wollten die Geschäftsberichte für die Jahre 1909 und 1910 haben. Leider konnten wir dem Wunsche des Magistrats (und des preussischen Finanzministers!) nicht nachkommen, da solche gedruckt nicht vorliegen. Vielleicht sieht sich die Magdeburger Filiale veranlaßt, ihre Unterlassungssünden nachzuholen. Denn es wäre doch wirklich schade, wenn der Minister um das gewünschte Material läme, um insbesondere die Gewerkschaften mit ihren eigenen Rechenschaftsberichten totzuschlagen. Also für dieses Mal war es wahr, Herr Finanzminister! Auch hätten Sie sich erst den Umweg über das Magdeburger Rathaus sparen und sich direkt an uns wenden können. Wir sind stets bereit wahrheitsgetreues Material zu liefern. Also bei Bedarf, bitte! Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf eine Neuherung eingehen, die der damalige Oberbürgermeister Dr. Lenke schon einmal im

Stadtparlament gemacht hat. Da allem Anschein nach das alte unfortschrittliche Konzept wieder hergehalten hat, so sind wir gezwungen, die Neuerungen, „daß die Gemeinde eine Anzahl Arbeiter aus Barmherzigkeit beschäftigt“, zurückzuweisen. Seinerzeit bei der Beratung der Löhne der städtischen Arbeiter wurde der Oberbürgermeister Lenke gestellt, indem die städtische Arbeiterschaft gegen diesen Vorwurf ganz energisch protestierte. Damals wurde erklärt, daß das Wort nicht gefallen sei. Sollte es jetzt wieder ein falscher Jungenschlag sein? Wenn man solche Behauptungen aufstellt, so soll man auch den Beweis dafür erbringen. Wir wollen daher nochmals feststellen, daß insbesondere von einer Beschäftigung aus Gnade und Barmherzigkeit beim Magdeburger Magistrat keine Rede sein kann. Selbst die alten Arbeiter müssen voll auf ihre Schuldigkeit tun, wozu allerdings kommt, daß die Bezahlung dafür eine durchaus ungenügende ist. Denn es bedurfte erst eines Antrages des sozialdem. Stadtv. Weims, daß die vollkräftigen Arbeiter mindestens den ortsüblichen Tagelohn von 3 Mk. erhalten sollten! In Anbetracht dieses Umstandes wäre etwas mehr Objektivität und Würdigung der Leistungen der Gewerkschaften, insbesondere des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, wohl am Platze gewesen. Auch wandte sich der Minister gegen die Neuerungen Ströbels, vom unsozialen Staat. Diesen Vorwurf haben auch wir der Stadtverwaltung unter der Leitung des Herrn Dr. Lenke machen müssen, wo der Magistrat oftmals in unzureichender Weise die Löhne der Arbeiter nominerte. Unsozial ist es, wenn die Gehälter der Magistratsbeamten bis zu tausend Mark und darüber erhöht werden, wohingegen die Arbeiter teilweise nicht einen Pfennig erhalten haben. Einen weiteren Beweis wollen wir hier noch erbringen. Alljährlich gibt die Filiale Magdeburg den alten, invaliden und auch arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsunterstützung. Wir schrieben damals in der „Vollstimme“: „Wenn auch der Magistrat eigentlich die Verpflichtung hätte, für die arbeitslosen und invaliden Arbeiter zu sorgen, so hat wohl die letzte Stadtverordnetenversammlung bewiesen, daß in dieser Hinsicht von der Stadtverwaltung nichts zu erwarten ist. Aus diesem Grunde fühlen sich die organisierten Gemeindegewerkschaften verpflichtet, ihren Kollegen eine kleine Weihnachtsgabe auf den Weihnachtstisch zu legen.“ — Hier ist der klarste Beweis. Da Staat und Gemeinde nichts für die Arbeiterschaft übrig haben, so wären die Arbeiter Loren, wenn sie nicht zur Selbsthilfe schritten. Die Gewerkschaften werden daher nach wie vor, trotz aller Verdunkelungen und Verdächtigungen, die Stütze der Arbeiterschaft bleiben. Daran wird auch der preussische Finanzminister nichts ändern.

Noch einmal der Frauentag. Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, sowie die sonstigen amtlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeiterschutzes in Deutschland zeigen mit zwingender Deutlichkeit, daß auch dieser Zweig der Sozialgesetzgebung nicht entfernt den Anforderungen entspricht, die an wirksamen Arbeiterschutz gestellt werden müssen. Die Unternehmer stehen der Einführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes ablehnend gegenüber und begründen ihre Haltung mit dem Hinweis auf die große Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die die deutsche Industrie gegenüber der des Auslandes nicht konkurrenzfähig bleiben ließe. Trotzdem muß die Arbeiterschaft darauf bestehen, daß Einrichtungen geschaffen werden, die sie vor gesundheitlichen Schäden bewahren, denen sie im Arbeitsprozeß ausgesetzt ist. Eine Industrie, die nur konkurrenzfähig ist auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten, hätte keine Existenzberechtigung und wäre nicht wert, aufrechterhalten zu werden. Im übrigen entbehren die Behauptungen der Unternehmer jeder Begründung. Ein ausreichender Arbeiterschutz, und dazu gehören unter anderem gerechte Arbeitszeit, gesunde Arbeitsräume, Schutzvorrichtungen an den Maschinen, würde den Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen und damit zugleich deren Leistungsfähigkeit nicht unbedeutend heben. Dies läge auch durchaus im Interesse des Unternehmertums und der Industrie. Eine körperlich gut entwickelte Arbeiterschaft würde aber auch geistig sich auf eine höhere Stufe stellen können und dann leichter in der Lage sein, die drückende Lage, in der die arbeitende Bevölkerung lebt und die Gründe hierfür zu erkennen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Diese Entwicklung fürchten die Unternehmer. Noch heute ist weiten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bekannt, daß die Ursache des Sträubens des Unternehmertums nicht die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslandes ist, sondern das Streben, die Betriebskosten möglichst niedrig zu halten, um recht hohe Verdienste zu erzielen. Nur aus diesem Grunde stehen auch die bis jetzt vorhandenen durchaus unzureichenden Arbeiterschutzvorschriften bis heute noch sehr häufig bloß auf dem Papier. Sonst wäre es z. B. nicht möglich, daß durchschnittlich in Deutschland 400 000 Unfälle im Jahre gemeldet werden müssen, von denen über 7000 tödlich verlaufen. Die behördlichen „einfache Gewerbeaufsicht“ ist nicht imstande, die Betriebe daraufhin zu kontrollieren, ob die Einrichtungen den behördlichen Anordnungen entsprechen, da einmal die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten hierzu nicht ausreicht, auch die Art der Kontrolle nicht geeignet ist, die vorhandenen Ungeheuerlichkeiten erkennen zu lassen. Bis zum Schluß

des Jahres 1900 hatten wir in Deutschland nur 404 Gewerbeaufsichtsbeamte für 284 431 revisionspflichtige Betriebe. Es ist deshalb erklärlich, daß immer nur etwas mehr als die Hälfte dieser Betriebe kontrolliert werden konnten. Um die vorhandenen Schäden und Ungeheuerlichkeiten zu erkennen, müßten auch Leute aus Arbeiterkreisen zu den Kontrollen herangezogen werden. Aber alle Forderungen, die Gewerbeaufsicht nach dieser Richtung zu ergänzen, die Zahl der Beamten zu vermehren, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, waren bisher vergeblich, ebenso das Verlangen, weibliche Beamte in größerer Zahl heranzuziehen. Bis jetzt sind erst 20 Frauen in der Gewerbeaufsicht tätig. Bei der großen Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist aber die Heranziehung weiblicher Kräfte namentlich in Rücksicht auf die Durchführung des sanitären Arbeiterschutzes eine dringende Notwendigkeit. Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben ein Recht zu verlangen, daß sie geschützt werden gegen die Gefahren, die ihnen bei der Arbeit drohen. Ja sie sind aus Gründen der Selbstverwaltung hierzu sogar verpflichtet. Die Schädigungen der Erwerbsverhältnisse bedeuten für sie Einbuße ihrer Arbeitsfähigkeit und deshalb Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Hiergegen anzukämpfen liegt im Interesse jedes einzelnen, sowie der Gesamtheit, auch derjenigen, die nicht direkt erwerbstätig sind, wie z. B. eine Anzahl Arbeiterfrauen. Die Schädigung des einzelnen Familienmitgliedes wirkt auf die Verhältnisse auch der anderen zurück, ebenso wie der Vorteil des einzelnen in der Regel allen Familiengliedern zugute kommt. Weil aber die Schaffung eines ausreichenden Arbeiterschutzes für die Unternehmer die Gefahr auf Abzug ihres Profits bedeutet, werden diese freiwillig niemals einen solchen einführen. Der Einfluß des vereinigten Unternehmertums auf die Regierung und die Parteien, die heute noch in den Parlamenten die Mehrheit haben, ist aber so groß, daß die Arbeiterschaft nicht darauf rechnen kann, in absehbarer Zeit einen ausreichenden gesetzlichen Arbeiterschutz zu erhalten. Die Forderungen der Arbeiterschaft liegen sich aber ohne Schaden für die Industrie heute schon erfüllen. Berücksichtigung werden sie aber trotzdem erst dann finden, wenn die Gesetzgebung aufhört, eine Interessenvertretung eines verhältnismäßig kleinen Teils der Bevölkerung zu sein. Die männliche Bevölkerung kann hierzu beitragen, da ihr das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zusteht. Dies Recht nun auch den erwachsenen Mädchen und den Frauen zu erringen, ist Aufgabe des für den 19. März d. J. festgesetzten Frauentages. Die Versammlungen, die an diesem Tage stattfinden, müssen durch den Massenbesuch aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zeigen, daß diese die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts erkannt haben und gewillt sind, für die Erringung dieses Rechts energisch einzutreten. Das politische Wahlrecht ist eine bedeutende Waffe im Kampfe für die Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Die politische Gleichberechtigung würde der beschaffen weiblichen Bevölkerung die Möglichkeit geben, diesen bisher von der männlichen Bevölkerung allein geführten Kampf zu unterstützen und auf diese Weise schneller zu erreichen, daß neben anderen auch die in bezug auf Arbeiterschutz gestellten Forderungen Beachtung finden.

Großindustrielle als Zwischenhändler für Streikbrechervermittlung. Der Zufall hat dem „Vorwärts“ einige sehr interessante Schriftstücke zugewandt, die beweisen, wie Großindustrielle den Streikbrechervermittlungsgeschäften gewissermaßen Zwischenhändlerdienste leisten. Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Alliengeseellschaft scheint sich dieser eben Aufgabe besonders zu widmen und auch in Unternehmerkreisen als Helferin für die Streikbrechervermittlung bekannt zu sein. In der Gasanstalt Zwickau bereiteten unsere Kollegen eine Lohnbewegung vor. Die Direktion schrieb nun in ihrer Bedrängnis an die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Alliengeseellschaft in Berlin:

„Von Herrn Steuernann, dem jetzigen Inhaber der Gasanstalt Neerane, wird uns mitgeteilt, daß Sie ihm während des Streiks dort die Vermittlung von Arbeitskräften zugesagt haben. Wahrscheinlich kommen wir, da schon eine Lohnbewegung im Gange ist, in eine ähnliche Lage. Wir gestatten uns daher die Anfrage, ob auch wir Sie bitten dürfen, uns vorübergehend Hilfe zu leisten. Einem recht baldigen Bescheid sehen wir mit Spannung entgegen. Hochachtungsvoll Gasanstalt Zwickau.“

Darauf antwortete die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Alliengeseellschaft:

„In Erledigung Ihres Schreibens vom 3. d. M. drahlten wir Ihnen folgenden: „Unternehmer Hehberg, Hamburg 19, Simsbüttler Chaußee 41, stellt auf Wunsch jede gewünschte Arbeiterzahl. Wir haben ihn heute benachrichtigt. Damag.“

Die Firma Hehberg ist uns für Lieferung von Streikbrechern bekannt und hat mit Erfolg bei Gasarbeiterstreiks, speziell Hamburg, Kiel, Rastland und Hildesheim und an anderen Plätzen mit Erfolg eingegriffen. Die Leute, welche Herr Hehberg stellt, sind für den Gasanstaltsbetrieb recht geeignet. Es würde uns freuen, Ihnen hiermit gedient zu haben. Hochachtungsvoll Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Alliengeseellschaft.“

In ähnlicher Weise ist auch das Gaswerk München an Damag herantreten, auch das ist an Hehberg verwiesen worden. Ueber die famose Streikfirma Hehberg selbst haben

Wir bereits in Nr. 7 der „Gewerkschaft“ berichtet. Die „Berbrüderung“ von Großindustriellen und Stadtwaltungen bei Lohnkämpfen tritt damit plastisch in Erscheinung. Das sollte auch den letzten harmoniebuseligen Kollegen endlich zum Erwachen bringen!

Mut, Intelligenz und Solidarität. Ein Pfund Mut hilft einem weiter als ein Zentner theoretischen Wissens. Wo sich aber Wissen und Mut vereinigt finden, steht ein ganzer Mensch, an dem man seine Freude haben kann. Und eine soziale Bewegung, die aus solchen ganzen, mutigen und intelligenten Menschen zusammengesetzt wäre, müßte die Bewunderung des Zeitalters werden. Nichts könnte ihr widerstehen. Sie wäre der schwebende Hort jeder mit ihr verbundenen individuellen Existenz. Die alte Maxime: Einer für Alle und Alle für Einen würde hier in der großartigsten Weise zur Wahrheit werden, und die Sorge um seine Zukunft würde kein Menschenberg mehr bedrücken. Die Existenz des Einzelnen ist von dem Tun und Lassen der Anderen abhängig. Persönlicher Mut und persönliche Intelligenz sind freilich prächtige Waffen im Kampfe ums Dasein. Aber was vernützen sie gegen den bleischweren passiven Widerstand der Teilnahmslosigkeit und beschränkten Selbstsucht einer kurzfristigen Menge? Fehlt die Interessengemeinschaft, oder ist sie nur vorhanden als Schlagwort, als Festtags-Deforation, so kann es geschehen, daß der Mut und die Intelligenz der Besten zu Totengräbern ihrer Existenz werden. Mut, Intelligenz und immer gegenwärtiges, immer tatkräftiges Solidaritätsgefühl sind die Mittel, die unsere Arbeiterbewegung unwiderstehlich machen und jeden begeistern, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für die gemeinsame Sache ins Zeug zu werfen, weil er nicht zu befürchten braucht, mitten im Kampfe auf vorgefuchtem Posten im Stiche gelassen und dem Untergang preisgegeben zu werden.

Warnung an den Polizeipräsidenten von Berlin.

Herr v. Jagow, laum zu glauben, Stieg herab, wie Rahab, Sich ein Briefchen zu erlauben An Frau Ailla Durieng.

Was ihn trieb zu solchem Handeln Nur dies Eine: mit Vergnügen: Ein Verhältnis anzubandeln In der Kunst —, pardon, der Kunst!

Zwar der Gatte, Paul Cassirer, Rahm den Vorstoß nicht so glatt, Und ein fixer Depeschiere Brach! ihn gar ins Zeitungsblatt.

Wie ich diesen Fall besag, o! Mein Verstand und Atem stockt. Weh, was hast Du Dir, Gott Jagow. Da für Suppen eingebrockt!

Rahab, zu seiner Ehre Sei's gesagt, war immer schlau: Denn er hielt zur Bajadere Und er mied die Gehebrau.

Sehr verliebt ist er gewesen, Schnellig und diskret dazu; Doch er gab dem süßen Wesen Nie was Schriftliches, wie Du!

Wenn Du bald, was schon barbarisch Uns Frau Janna deutet an, Bist entthront disziplinärisch, Fang' es künftig klüger an.

Lebe, liebe, geh' zum Weibe, Dessen Reiz Dich hold umgarnet! Rose, küßet! Aber schreibe Keinen Brief! — Du bist gewarnt ... Michel.

Eingegangene Schriften und Bücher

Noabit. Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. So nennt sich eine, vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Broschüre, die in gedrängter Uebersicht die Noabit Ereignisse schildert. In der Einleitung wird der Versuch, die Vorgänge in Noabit gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auszuschalten, energisch zurückgewiesen und gründliche Abrechnung gehalten mit den Reichmann, Dakwiz und ihrem reaktionären Anhang. Hieran schließt sich eine Darstellung des Streiks bei der Firma Kupfer u. Co. und seine Begleiterscheinungen. Es folgt eine kritische Würdigung der Prozeßverhandlungen, vom Kampf um den gesetzlichen Richter an bis zu dem Jagow'schen Aufgebot. Einige Momentbilder aus dem Gerichtssaal, einige Proben des polizeilichen Sprachschabes, die Arbeit der Loosspiegel und der Reinfall der Polizeizeugen vervollständigen dies wichtige Kapitel. Den Schluß bildet ein Abschnitt, der sich „Der Kampf gegen die Wahrheit“ nennt und dessen Lesüre auch diejenigen, die immer noch an die Unschuld der Polizei glauben, eines anderen belehren dürfte. Mit Rücksicht darauf, daß unsere Gegner bereits am Werk sind, unter Verdrehung der Tatsachen aus den Noabit Vorfällen Waffen gegen die Arbeiterbewegung zu schmieden, dürfte die Broschüre auch für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf von hohem Wert sein. Der billige Preis von 20 Pf. ist geeignet, die Verbreitung noch besonders zu begünstigen.

Polizeispiele und Ausnahmegeetze. 1878—1910. Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Von Eugen Ernst. Mit 13 Illustrationen, darstellend die Porträts einiger Epigeln sowie interessante Polizeidokumente. Preis brosch. 2,50 Mk., gebunden 3.— Mk., Vereinsausgabe 1,25 Mk. Diese Schrift wird in allen Kreisen großem Interesse begegnen. Zur Charakterisierung des Inhalts geben wir die Kapitelüberschriften wieder: Einleitung. — Der Polizeikampf in Groß-Berlin. — Die ersten Wirkungen des Sozialistengesetzes. — Die erste Verlängerung des Sozialistengesetzes. — Auserdrot und Peitsche (die zweite Verlängerung des Sozialistengesetzes). — Die Willkürzeit des Loosspiegels (die dritte Verlängerung des Sozialistengesetzes). — Antrotterklärung der Gewaltpolizei (die vierte Verlängerung des Sozialistengesetzes). — Der Todeskampf des Landgesetzes. — Die

„neue Aera“. — Die Umsturzvorlage. — Unter dem Buchhändler. — Der alte Kurs unter dem neuen Vereinsgesetz. — Nachwort. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Von unten auf. Ein neues Buch der Freiheit. Gesammelt und gehalten von Dr. Franz Diederich.

Mit diesem Buche schließt der Vorwärts-Verlag eine seit langer Zeit sehr bedauerliche Lücke in der Hausbücherei des deutschen Arbeiters. Das Hundertste Buch der Freiheit, das den literarischen Zeitaläufen zu Beginn der neunziger Jahre entsprach, ist seit mehr als zehn Jahren vergriffen. Hier kommt nun etwas ganz Neues, das so recht aus den Wünschen der gegenwärtigen Arbeiterschaft hervorgegangen ist: eine Zusammenstellung des Besten und Bemerkenswertesten, der sozialen und politischen Dichtung, die den Gefühl- und Gedankenkreis des revolutionären Proletariats trifft und in seiner großen Weite zeigt. Unterhalb Jahrhundert die politischen Kämpfe leben in diesem Buch auf. Der erste Band enthält die Gedichte von den Zeiten der großen französischen Revolution darauf bis zum Völkerverfall 1848, der zweite gehört geschlossen der Gegenwart des proletarischen Klassenkampfes seit fünfzig Jahren. Der Inhalt ist in Gruppen von geschichtlichen und idealen Grundgedanken geordnet, die das Lesen erleichtern und durch die Verbindung der Gedichte miteinander genussreicher machen. Einen wichtigen Schmuck hat das Werk durch die Hildergabe von 25 künstlerisch bedeutend sozialen und revolutionären Bildern und Bildwerken erhalten. Der Verlag hat alles aufgeboten, dem lebenskräftigen Inhalt des Buches ein Gewand zu geben, das zu dem Ernste der Aufgabe in vollem Einklang steht. Es mag das Werk nur Freundschaft finden überall, wo der Sinn für bedeutungsvolle Dichtung lebt und gewacht werden kann. Es ist ein sehr würdiges Geschenkwerk, und bald dürfte es bei all den vielen, die heute nach Vortragstoffen für die Feste und tausenderlei geselligen Gelegenheiten der Arbeiterschaft suchen, als unentbehrlicher Helfer geschätzt werden. Daß die Bände einzeln bezogen werden können, ist sehr wichtig. Alle Parteibuchhandlungen halten das Buch vorrätig. Der Preis ist: in einem Bande gebunden 5 Mk., in zwei Bänden gebunden 6 Mk. Band 1 und 2 können auch einzeln zum Preise von je 3 Mk. bezogen werden.

Die Programme der politischen Parteien in Deutschland. Zusammengefaßt von Dr. phil. Karl Mahler. Zweite veränderte und vermehrte Auflage. 80 Seiten. Oktav. Gebunden 75 Pf. Verlag von O. Brockhaus (Richard Goldbacher) in Leipzig.

Die soeben in zweiter Auflage erschienene Schrift enthält die neuesten Programme und sozialen Grundanschauungen sämtlicher politischen Parteien Deutschlands. In der Neuauflage ist die Gruppierung der Parteien nach ihrem inneren Zusammenhange erfolgt, wodurch die Schrift für den praktischen Gebrauch wesentlich an Uebersichtlichkeit gewonnen hat. Auch wurde die neue Auflage vervollständigt durch Einschaltung wichtiger Programme neuer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen. Eine derartige lückenlose Zusammenstellung der Parteiprogramme im politischen Kampfe ist für jeden Wähler, ob Keuling, Politiker oder Parlamentarier, außerordentlich instruktiv.

Filiale Mühlhausen i. E.

Der Filialkassierer Hippolit Schumker wohnt in der Wohltätigkeitsstraße 1/15. Krankengeldanzahlung findet nur Samstag von 6 bis 8 Uhr statt. Der Vorstand.

Filiale Nürnberg.

Die Telephon-Nummer hat sich geändert und ist ab 1. März für Gau- und Ortsbureau 8236. Die Mitglieder werden ersucht, die Nummer im Kalender und Mitgliedsbuch zu ändern. Die Gau- und Ortsverwaltungen.

Totenliste des Verbandes.

- Anton Coers, ^{Wart.} ^{Widm.} Mühlhausen † 11. 2. 1911, 46 Jahre alt.
Valent. Hauser, Frankf. a. M. ^{Wart.} ^{Widm.} Dfenarbeiter im Cadwert der F. G. u. † 20. 2. 1911, 37 Jahre alt.
Georg Pfaffmann, Henkadt † 24. 2. 1911, 37 Jahre alt.
Friedrich Hebele, Stuttgart ^{Wart.} ^{Widm.} Straßenbau - Inspektion † 1. 3. 1911, 60 Jahre alt.

- Seb. Siegwarth, Karlsruhe ^{Wart.} ^{Widm.} Vorarbeiter der Kanalreinigung † 1. 8. 1911, 56 Jahre alt.
Paul Fröhlich, Nixdorf ^{Wart.} ^{Widm.} Laternewarter ^{Wart.} ^{Widm.} gef. im Alter von 41 Jahren.
Albert Simon, Berlin ^{Wart.} ^{Widm.} Gasanstalt Gitschinerstraße † 3. 8. 1911, 35 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!